

Bundesgesetzblatt ¹⁰⁶⁵

Teil I

G 5702

2007

Ausgegeben zu Bonn am 20. Juni 2007

Nr. 27

Tag	Inhalt	Seite
14. 6.2007	Gesetz zur Änderung medizinproduktrechtlicher und anderer Vorschriften FNA: 7102-47, 2121-51-1-2, 7102-47-8, 7102-47-9, 860-5, 860-5, 8252-3, 8252-3, 860-5, 8253-1 GESTA: M015	1066
8. 6.2007	Neufassung der Soldatenlaufbahnverordnung FNA: 51-1-27	1098
14. 6.2007	Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2007 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2007 – RWBestV 2007) FNA: neu: 8232-48-27	1113
14. 6.2007	Vierzehnte Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Vierzehnte KOV-Anpassungsverordnung 2007 – 14. KOV-AnpV 2007) FNA: 830-2	1115
14. 6.2007	Vierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz FNA: neu: 830-2-9-40; 830-2-9-39	1117
14. 6.2007	Einundzwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet FNA: neu: 830-2-18-21; 830-2-18-20	1127
13. 6.2007	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 12 des Zuteilungsgesetzes 2007) FNA: 1104-5, 2129-41	1137
14. 6.2007	Bekanntmachung der Angleichungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung FNA: neu: 826-30-4-1-3	1138
18. 6.2007	Bekanntmachung über die Höhe der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für die Zeit ab 1. Juli 2007 FNA: neu: 860-2-7-3	1139
<hr/>		
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	1139

Gesetz zur Änderung medizinproduktrechtlicher und anderer Vorschriften

Vom 14. Juni 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Medizinproduktegesetzes

Das Medizinproduktegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146), zuletzt geändert durch Artikel 145 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), wird wie folgt geändert:

1. In der Angabe der Inhaltsübersicht zu § 12, in § 6 Abs. 1 Satz 1 und in der Überschrift von § 12 wird das Wort „In-Haus-Herstellung“ durch das Wort „Eigenherstellung“ ersetzt.
 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Dieses Gesetz gilt auch für das Anwenden, Betreiben und Instandhalten von Produkten, die nicht als Medizinprodukte in Verkehr gebracht wurden, aber mit der Zweckbestimmung eines Medizinproduktes im Sinne der Anlagen 1 und 2 der Medizinprodukte-Betreiberverordnung eingesetzt werden. Sie gelten als Medizinprodukte im Sinne dieses Gesetzes.“
 - b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.
 3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 18 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Fundstellen der diesbezüglichen Normen werden vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte im Bundesanzeiger bekannt gemacht.“
 - b) Nummer 21 wird wie folgt gefasst:

„21. Medizinprodukte aus Eigenherstellung sind Medizinprodukte einschließlich Zubehör, die in einer Gesundheitseinrichtung hergestellt und angewendet werden, ohne dass sie in den Verkehr gebracht werden oder die Voraussetzungen einer Sonderanfertigung nach Nummer 8 erfüllen.“
 - c) Nach Nummer 21 wird folgende Nummer 22 angefügt:

„22. In-vitro-Diagnostika aus Eigenherstellung sind In-vitro-Diagnostika, die in Laborato-
- rien von Gesundheitseinrichtungen hergestellt werden und in diesen Laboratorien oder in Räumen in unmittelbarer Nähe zu diesen angewendet werden, ohne dass sie in den Verkehr gebracht werden. Für In-vitro-Diagnostika, die im industriellen Maßstab hergestellt werden, sind die Vorschriften über Eigenherstellung nicht anwendbar. Die Sätze 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden auf in Blutspendeeinrichtungen hergestellte In-vitro-Diagnostika, die der Prüfung von Blutzubereitungen dienen, sofern sie im Rahmen der arzneimittelrechtlichen Zulassung der Prüfung durch die zuständige Behörde des Bundes unterliegen.“
4. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „hinausgehend“ die Wörter „unmittelbar oder mittelbar“ eingefügt.
 - b) In Nummer 2 wird die Angabe „(Verfalldatum)“ gestrichen.
 5. In § 12 Abs. 1 Satz 3 wird der Begriff „In-Haus-Herstellung“ durch die Wörter „Eigenherstellung nach § 3 Nr. 21 und 22“ ersetzt.
 6. Dem § 13 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die zuständige Behörde übermittelt alle Entscheidungen über die Klassifizierung von Medizinprodukten und zur Abgrenzung von Medizinprodukten zu anderen Produkten an das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information zur zentralen Verarbeitung und Nutzung nach § 33 Abs. 1 Satz 1. Dies gilt für Stellungnahmen des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte entsprechend.“
 7. § 15 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die deutschen Benannten Stellen werden mit ihren jeweiligen Aufgaben und ihrer Kennnummer von der zuständigen Behörde auf ihrer Internetseite bekannt gemacht.“
 8. In § 16 Abs. 4 Satz 3 werden die Wörter „vom Bundesministerium für Gesundheit im Bundesanzeiger“ durch die Wörter „von der zuständigen Behörde auf deren Internetseite“ ersetzt.

9. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter „Verantwortlichem nach § 5“ werden durch das Wort „Hersteller“ ersetzt.
 - bb) Nach den Wörtern „nicht mehr erfüllt werden“ werden die Wörter „oder die Bescheinigung nicht hätte ausgestellt werden dürfen“ eingefügt.
 - b) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:

„(3) Die Benannte Stelle unterrichtet

 1. unverzüglich das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information über alle ausgestellten, geänderten, ergänzten und, unter Angabe der Gründe, über alle abgelehnten, eingeschränkten, zurückgezogenen, ausgesetzten und wieder eingesetzten Bescheinigungen; § 25 Abs. 5 und 6 gilt entsprechend,
 2. die für sie zuständige Behörde in Fällen, in denen sich ein Eingreifen der zuständigen Behörde als erforderlich erweisen könnte,
 3. auf Anfrage die anderen Benannten Stellen oder die zuständigen Behörden über ihre Bescheinigungen und stellt zusätzliche Informationen, soweit erforderlich, zur Verfügung.

(4) Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information unterrichtet über eingeschränkte, ausgesetzte, wieder eingesetzte und zurückgezogene Bescheinigungen elektronisch die für den Verantwortlichen nach § 5 zuständige Behörde, die zuständige Behörde des Bundes, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und gewährt den Benannten Stellen eine Zugriffsmöglichkeit auf diese Informationen.“
10. § 20 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „sowie von den beteiligten Prüfeinrichtungen den für sie zuständigen Behörden“ gestrichen.
 - bb) Die Sätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:

„Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information unterrichtet die zuständigen Behörden über die Prüfeinrichtungen, die sich an klinischen Prüfungen beteiligen. § 25 Abs. 4 bis 6 gilt entsprechend.“
 - b) In Absatz 7 Satz 1 wird das Wort „Anzeigen“ durch das Wort „Anzeige“ und das Wort „sind“ durch das Wort „ist“ ersetzt.
11. § 24 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden die Wörter „sowie von den beteiligten Prüfeinrichtungen den für sie zuständigen Behörden“ gestrichen.
 - b) Der bisherige Satz 4 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information unterrichtet die zuständigen Behörden über die Prüfeinrichtungen, die sich an Leistungsbewertungsprüfungen beteiligen. § 25 Abs. 4 bis 6 gilt entsprechend.“
12. § 25 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 zweiter Halbsatz wird vor den Wörtern „für andere“ das Wort „ausschließlich“ eingefügt.
 - b) Satz 2 wird gestrichen.
13. In § 26 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „für andere“ gestrichen.
14. In § 30 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „hat“ die Wörter „ , soweit er nicht ausschließlich Medizinprodukte nach § 3 Nr. 8 erstmalig in den Verkehr bringt,“ eingefügt.
15. § 33 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Angabe „(DIMDI)“ gestrichen.
 - b) Satz 4 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Für seine Leistungen kann es Entgelte verlangen. Diese werden in einem Entgeltkatalog festgelegt, der der Zustimmung des Bundesministeriums für Gesundheit bedarf.“
- 15a. § 37 Abs. 5 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Buchstabe a werden die Wörter „soweit es zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Qualität, Sicherheit und Leistung der In-vitro-Diagnostika sowie zur Sicherstellung der Zuverlässigkeit der damit erzielten Messergebnisse geboten ist,“ gestrichen.
 - b) Buchstabe b Doppelbuchstabe bb wird wie folgt gefasst:

„bb) Umfang, Häufigkeit und Verfahren der Kontrolle sowie die Anforderungen an die für die Kontrolle zuständigen Stellen und das Verfahren ihrer Bestellung und“.
16. § 39 Abs. 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:
- „Das Bundesministerium der Verteidigung stellt sicher, dass Qualität, Leistung und Sicherheit der Medizinprodukte gewährleistet sind. Satz 1 gilt entsprechend für Medizinprodukte, die zum Zweck des Zivil- und Katastrophenschutzes an die zuständigen Behörden des Bundes oder der Länder abgegeben werden. Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass Qualität, Leistung und Sicherheit der Medizinprodukte gewährleistet sind.“
17. § 44 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Medizinprodukte mit Verfalldatum, die vor dem 30. Juni 2007 zum Zweck des Zivil- und Katastrophenschutzes an die zuständigen Behörden des Bundes oder der Länder oder zur Durchführung ihrer besonderen Aufgaben an die Bundeswehr abgegeben wurden, dürfen auch nach Ablauf des Verfalldatums angewendet werden. Die zuständigen Behörden stellen

sicher, dass Qualität, Leistung und Sicherheit der Medizinprodukte gewährleistet sind.“

b) Absatz 4 wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung des Arzneimittelgesetzes

§ 67a des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 3 wird das Wort „DIMDI“ durch die Wörter „Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information“ ersetzt.

b) Satz 7 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Für seine Leistungen kann das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information Entgelte verlangen. Diese werden in einem Entgeltkatalog festgelegt, der der Zustimmung des Bundesministeriums bedarf.“

2. In Absatz 2 wird das Wort „DIMDI“ durch die Wörter „Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information“ ersetzt.

3. Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „DIMDI“ durch die Wörter „Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information“ ersetzt.

b) Satz 3 wird aufgehoben.

4. In Absatz 5 wird das Wort „DIMDI“ durch die Wörter „Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung

Die Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung vom 24. Juni 2002 (BGBl. I S. 2131), zuletzt geändert durch Artikel 384 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die zuständige Behörde des Bundes kann für bereits ausreichend untersuchte Vorkommnisse Ausnahmen von der Meldepflicht oder eine zusammenfassende Meldung in regelmäßigen Zeitabständen anordnen. Liegen die Voraussetzungen nach Satz 1 vor, kann eine Ausnahme von der Meldepflicht auch auf Antrag des Verantwortlichen nach § 5 des Medizinproduktegesetzes zugelassen werden.“

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Der Inhalt der Meldung nach Satz 1 wird zwischen der zuständigen Behörde des Bundes und dem Verantwortlichen nach § 5 des Medizinproduktegesetzes abgesprochen.“

2. § 14 Abs. 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Der Verantwortliche nach § 5 des Medizinproduktegesetzes hat über korrektive Maßnahmen die sons-

tigen Inverkehrbringer, die betroffenen Betreiber und die Anwender durch eine Maßnahmenempfehlung schriftlich in deutscher Sprache zu informieren. Diese Maßnahmenempfehlungen haben für mögliche Rückfragen eine Kontaktperson mit Hinweisen zur Erreichbarkeit anzugeben, die betroffenen Produkte und Produktchargen klar und eindeutig zu bezeichnen, den festgestellten Mangel oder die festgestellte Fehlfunktion und, soweit bekannt, deren Ursache zu beschreiben, das von den Produkten ausgehende Risiko und die der Bewertung zugrunde liegenden Tatsachen und Überlegungen hinreichend ausführlich darzustellen und die erforderlichen korrektiven Maßnahmen unmissverständlich vorzugeben.“

3. Nach § 23 wird folgender § 24 eingefügt:

„§ 24

Veröffentlichung von
Informationen über das Internet

Die zuständige Behörde des Bundes kann über durchgeführte korrektive Maßnahmen, Empfehlungen und Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung nach § 23 über die Internetseite der Behörde informieren. Die Information über korrektive Maßnahmen darf außer den Angaben nach § 14 Abs. 2 Satz 2 keine personenbezogenen Daten enthalten.“

Artikel 4

Änderung der DIMDI-Verordnung

Die DIMDI-Verordnung vom 4. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4456), geändert durch Artikel 385 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Webseite“ durch das Wort „Internetseite“ ersetzt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 werden die Wörter „den Inhalten der Anlagen 4 und 5“ durch die Wörter „dem Inhalt der Anlage 4“ ersetzt.

b) In Nummer 4 wird die Angabe „Anlage 6“ durch die Angabe „Anlage 5“ ersetzt.

3. In § 5 werden die Absätze 1 bis 3 wie folgt neu gefasst:

„(1) Neben den Bundesministerien der Verteidigung und für Gesundheit sind die für das Medizinprodukterecht, das Atomrecht und das Eich- und Messwesen zuständigen Behörden des Bundes und der Länder berechtigt, Daten aus den Datenbanken nach § 4 Abs. 1 entgeltfrei abzurufen, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Medizinproduktegesetzes erforderlich ist.

(2) Die Benannten Stellen sind berechtigt, die Datenbank nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 in Bezug auf ausgesetzte, zurückgezogene, durch den Hersteller gekündigte oder abgelehnte Bescheinigungen entgeltfrei zu nutzen.

(3) Die Datenbanken nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a und Abs. 2 sind öffentlich. Benannte Stellen können die Datenbank nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a entgeltfrei nutzen.“

4. Die §§ 9 und 10 werden aufgehoben.

5. Die Anlagen 1 bis 6 werden durch die folgenden Anlagen 1 bis 5 ersetzt:

„Anlage 1
(zu § 4 Abs. 1 Nr. 1)

Allgemeine Anzeigepflicht nach §§ 25 und 30 Abs. 2 MPG
General Obligation to Notify pursuant to §§ 25 and 30 (2) Medical Devices Act, MPG
Formblatt für Medizinprodukte, außer In-vitro-Diagnostika
Form for Medical Devices except In Vitro Diagnostic Medical Devices

Zuständige Behörde / Competent authority Code ¹⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Anzeige / Notification	
Registrierdatum bei der zuständigen Behörde ⁴⁾ Registration date at competent authority	Registriernummer / Registration number ⁵⁾
Typ der Anzeige / Notification type <input type="checkbox"/> Erstanzeige / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungsanzeige / Notification of change <input type="checkbox"/> Widerrufsanzeige / Notification of withdrawal	
Frühere Registriernummer bei Änderungs- und Widerrufsanzeige Previous registration number if notification has been changed or withdrawn	
Anzeigender nach § 25 MPG / Reporter pursuant to § 25 Medical Devices Act, MPG <input type="checkbox"/> Hersteller / Manufacturer ⁶⁾ <input type="checkbox"/> Bevollmächtigter / Authorized representative <input type="checkbox"/> Einführer / Importer <input type="checkbox"/> Verantwortlicher für das Zusammensetzen von Systemen oder Behandlungseinheiten nach § 10 Abs. 1 und 2 MPG Assembler of systems or procedure packs pursuant to § 10 (1) and (2) Medical Devices Act, MPG <input type="checkbox"/> Betrieb oder Einrichtung (sterilisieren) nach § 25 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 MPG Institution (sterilizing) pursuant to § 25 (2) in connection with § 10 (3) Medical Devices Act, MPG <input type="checkbox"/> Betrieb oder Einrichtung (aufbereiten) nach § 25 Abs. 1 MPG i.V.m. § 4 Abs. 2 MPBetreibV Institution (processing) pursuant to § 25 (1) Medical Devices Act, MPG in connection with § 4 (2) MPBetreibV	

Anzeigender / Reporting organisation (person) Code ⁷⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Hersteller / Manufacturer ⁸⁾ Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Sicherheitsbeauftragter für Medizinprodukte nach § 30 Abs. 2 MPG ⁹⁾ Safety officer for medical devices pursuant to § 30 (2) Medical Devices Act, MPG Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	

Vertreter / Deputy (optional)	
Name	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
<input type="checkbox"/> Erstanzeige / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungsanzeige / Notification of change	
Medizinprodukt (Erstmaliges Inverkehrbringen) / Medical device (First placing on the market)	
Klasse / Class ¹⁰⁾	
<input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> I - steril / sterile <input type="checkbox"/> I - mit Messfunktion / with measuring function <input type="checkbox"/> IIa <input type="checkbox"/> IIb <input type="checkbox"/> III <input type="checkbox"/> III – hergestellt unter Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs im Sinne der Richtlinie 2003/32/EG manufactured utilising tissues of animal origin in terms of Directive 2003/32/EC <input type="checkbox"/> Aktives implantierbares Medizinprodukt / Active implantable medical device	
Nummer(n) der Bescheinigung(en) / Certificate number(s) ¹¹⁾	
Nomenklaturcode / Nomenclature code ¹²⁾	
Nomenklaturbezeichnung / Nomenclature term ¹²⁾	
Kategoriecode / Category code ¹³⁾	
Kategorie / Category ¹³⁾	
Kurzbeschreibung / Short description ¹⁴⁾	
Medizinprodukte (Aufbereiten) / Medical devices (Reprocessing)	
<input type="checkbox"/> Semikritische Medizinprodukte / Semicritical medical devices ¹⁵⁾ <input type="checkbox"/> Gruppe A / Group A <input type="checkbox"/> Gruppe B / Group B	
<input type="checkbox"/> Kritische Medizinprodukte / Critical medical devices ¹⁵⁾ <input type="checkbox"/> Gruppe A / Group A <input type="checkbox"/> Gruppe B / Group B <input type="checkbox"/> Gruppe C / Group C Nummer der Bescheinigung / Certificate number ¹¹⁾	

Sterilisationsverfahren / Sterilisation procedures <input type="checkbox"/> Dampfsterilisation / Steam sterilisation <input type="checkbox"/> Gassterilisation / Gas sterilisation <input type="checkbox"/> Strahlensterilisation / Radiation sterilisation <input type="checkbox"/> andere / others Angewandtes Verfahren / Applied procedure

Ich versichere, dass die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden.
 I affirm that the information given above is correct to the best of my knowledge.

Ort
 City

Datum
 Date

Name

Unterschrift
 Signature

Bearbeitungsvermerke / Processing notes Nur von der zuständigen Behörde auszufüllen / To be filled in only by the competent authority Bearbeiter / Person responsible Telefon / Phone

Hinweise zum Ausfüllen/Notes on completing

- 1) Der Code der zuständigen Behörde setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, CA und der Nummer der zuständigen Behörde im Staat, z. B.: DE/CA01.
 Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, CA and the number of the competent authority in the state, e.g.: DE/CA01.
- 2) Benutzen Sie bitte für die Staaten die Codes nach ISO 3166, z. B.:
 Please use for the different states the codes according to ISO 3166, e.g.:
 AT ... Österreich/Austria
 BE ... Belgien/Belgium
 CY ... Zypern/Cyprus
 CZ ... Tschechische Republik/Czech Republic
 DE ... Deutschland/Germany
- 3) Benutzen Sie bitte folgende Codes für die Länder/Bundeswehr:
 Please use the following codes for the different federal states/Federal Armed Forces:

01 ... Schleswig-Holstein	10 ... Saarland
02 ... Hamburg	11 ... Berlin
03 ... Niedersachsen/Lower Saxony	12 ... Brandenburg
04 ... Bremen	13 ... Mecklenburg-Vorpommern/ Mecklenburg Western Pomerania
05 ... Nordrhein-Westfalen/North-Rhine-Westphalia	14 ... Sachsen/Saxony
06 ... Hessen/Hesse	15 ... Sachsen-Anhalt/Saxony-Anhalt
07 ... Rheinland-Pfalz/Rhineland-Palatinate	16 ... Thüringen/Thuringia
08 ... Baden-Württemberg	17 ... Bundeswehr/Federal Armed Forces
09 ... Bayern/Bavaria	
- 4) JJJJ-MM-TT/YYYY-MM-DD
- 5) Wird von der zuständigen Behörde vergeben. Die Registriernummer setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, dem Code der zuständigen Behörde, einem Schrägstrich und einer internen Registriernummer, z. B.: DE/CA01/nnn ...
 To be assigned by the competent authority. Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, the code of the competent authority, a slash and an internal registration number, e.g.: DE/CA01/nnn ...

- 6) Hersteller nach § 3 Nr. 15 MPG
Manufacturer pursuant to § 3 no. 15 Medical Devices Act, MPG
- 7) Dieser Code wird durch DIMDI erstellt.
This code will be generated by DIMDI.
- 8) Nur auszufüllen vom Bevollmächtigten oder Einführer.
To be filled in only by the authorized representative or importer.
- 9) Nur der Verantwortliche nach § 5 Satz 1 und 2 MPG hat einen Sicherheitsbeauftragten anzuzeigen.
Only the person responsible pursuant to § 5 sentence 1 and 2 Medical Devices Act, MPG, has to notify one safety officer.
- 10) Bei Systemen oder Behandlungseinheiten soll die Klasse der Komponente mit dem höchsten Risiko angegeben werden. Bei Betrieb oder Einrichtung (sterilisieren) nach § 25 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 MPG ist die Angabe der Klasse nicht erforderlich.
The class of the components with the highest risk is to be indicated on systems or procedure packs. The indication of the class is not necessary with institutions (sterilizing) pursuant to § 25 (2) in connection with 10 (3) Medical Device Act, MPG.
- 11) Der (den) Nummer(n) der Bescheinigung(en) ist die Kennnummer der Benannten Stelle, gefolgt von einem Schrägstrich, voranzustellen, z. B.: 0123/nnn ...
Each certificate number is to precede with the Notified Body identification number followed by a slash, e.g.: 0123/nnn ...
- 12) Bitte den zutreffenden Code mit dem dazugehörigen Schlagwort aus der jeweils vorgeschriebenen Nomenklatur angeben. Wenn nicht vorhanden, bitte Kurzbeschreibung geben.
Please enter the relevant code and its designation from the prescribed nomenclature. If not available, please give a short description.
- 13) Kategoriecode und Kategorie basieren auf der EN ISO 15225. In der Reihenfolge der Kategoriebegriffe (a) bis (k) soll der erste zutreffende Begriff für das Medizinprodukt vergeben werden.
Device category code and term are based on EN ISO 15225. The device should be assigned to the first category in which it fits, moving from the top downwards i.e. from (a) to (k).

Code:		Code:	
01	Aktive implantierbare Produkte Active implantable devices	(a)	04 Elektrische und mechanische Medizinprodukte Electrical and mechanical medical devices
07	Nichtaktive implantierbare Produkte Non-active implantable devices	(b)	09 Wiederverwendbare Instrumente Reusable instruments
03	Zahnärztliche Produkte Dental devices	(c)	10 Produkte zum Einmalgebrauch Single use devices
08	Ophthalmische und optische Produkte Ophthalmic and optical devices	(d)	11 Technische Hilfen für behinderte Menschen Technical aids for disabled persons
12	Röntgen- und andere bildgebende Geräte Diagnostic and therapeutic radiation devices	(e)	05 Krankenhausinventar Hospital hardware
02	Anästhesie- und Beatmungsgeräte Anaesthetic and respiratory devices	(f)	

- 14) Nur obligatorisch, wenn kein Code mit dem dazugehörigen Schlagwort angegeben wurde. Bitte selbst gewählte Schlagworte verwenden. Es können hier grundlegende Eigenschaften des Produktes angegeben werden, wie z. B. die beabsichtigte Verwendung, maßgebliche Aspekte seiner Klassifikation, die Hauptwirkungsweise ...
Only compulsory, if no relevant code/designation has been given. Please use appropriate terms or a short phrase. It can include basic features of the product such as, for example, the intended use, the aspects governing its classification, the principal mode of action ...
- 15) Empfehlung der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention beim Robert Koch-Institut (RKI) und des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu den „Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten“. Die Empfehlung ist zu finden unter:
(http://www.rki.de/cln_006/nn_226620/DE/Content/Infekt/Krankenhaushygiene/Kommission/kommission_node.html_nnn=true)
Hygiene recommendation for the processing of medical devices for re-use of the Commission on Hospital Hygiene and Infectious Disease Prevention at the Robert Koch Institute (RKI) and the Federal Institute of Drugs and Medical Devices (BfArM). The recommendation will be found:
(http://www.rki.de/cln_006/nn_226620/DE/Content/Infekt/Krankenhaushygiene/Kommission/kommission_node.html_nnn=true)

Allgemeine Anzeigepflicht nach §§ 25 und 30 Abs. 2 MPG
General Obligation to Notify pursuant to §§ 25 and 30 (2) Medical Devices Act, MPG
Formblatt für In-vitro-Diagnostika
Form for In Vitro Diagnostic Medical Devices

Zuständige Behörde / Competent authority	
Code ¹⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Anzeige / Notification	
Registrierdatum bei der zuständigen Behörde ⁴⁾ Registration date at competent authority	Registriernummer / Registration number ⁵⁾
Typ der Anzeige / Notification type	
<input type="checkbox"/> Erstanzeige / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungsanzeige / Notification of change <input type="checkbox"/> Widerrufsanzeige / Notification of withdrawal	
Frühere Registriernummer bei Änderungs- und Widerrufsanzeige Previous registration number if notification has been changed or withdrawn	
Anzeigender nach § 25 MPG / Reporter pursuant to § 25 Medical Devices Act, MPG	
<input type="checkbox"/> Hersteller / Manufacturer ⁶⁾ <input type="checkbox"/> Bevollmächtigter / Authorized representative <input type="checkbox"/> Einführer / Importer <input type="checkbox"/> Verantwortlicher für das Zusammensetzen von Systemen oder Behandlungseinheiten nach § 10 Abs. 1 und 2 MPG Assembler of systems or procedure packs pursuant to § 10 (1) and (2) Medical Devices Act, MPG <input type="checkbox"/> Betrieb oder Einrichtung (sterilisieren) nach § 25 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 MPG Institution (sterilizing) pursuant to § 25 (2) in connection with § 10 (3) Medical Devices Act, MPG <input type="checkbox"/> Betrieb oder Einrichtung (aufbereiten) nach § 25 Abs. 1 MPG i.V.m. mit § 4 Abs. 2 MPBetreibV Institution (processing) pursuant to § 25 (1) Medical Devices Act, MPG in connection with § 4 (2) MPBetreibV	

Anzeigender / Reporting organisation (person) Code ⁷⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Hersteller / Manufacturer ⁸⁾ Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Sicherheitsbeauftragter für Medizinprodukte nach § 30 Abs. 2 MPG ⁹⁾ Safety officer for medical devices pursuant to § 30 (2) Medical Devices Act, MPG Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	

Vertreter / Deputy (optional)	
Name	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
<input type="checkbox"/> Erstanzeige / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungsanzeige / Notification of change	
In-vitro-Diagnostikum / In vitro diagnostic medical device	
Klassifizierung / Classification ¹⁰⁾	
<input type="checkbox"/> Produkt der Liste A, Anhang II / Device of List A, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt der Liste B, Anhang II / Device of List B, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt zur Eigenanwendung, das nicht in Anhang II genannt ist / Device for self-testing not listed in Annex II <input type="checkbox"/> Sonstiges Produkt / Other device (all devices except Annex II and self-testing devices)	
Anzeige nach § 25 Abs. 3 Nr. 3 MPG Notification pursuant to § 25 (3) no. 3 Medical Devices Act, MPG	
<input type="checkbox"/> „Neues In-vitro-Diagnostikum“ / “New in vitro diagnostic medical device” ¹¹⁾	
Angabe der benutzten Nomenklatur / Nomenclature used ¹²⁾	
<input type="checkbox"/> EDMS-Klassifikation / EDMS Classification <input type="checkbox"/> GMDN	
Nomenklaturcode / Nomenclature code ¹³⁾	
Nomenklaturbezeichnung / Nomenclature term ¹³⁾	
Kurzbeschreibung / Short description ¹⁴⁾	
In Deutsch / In German	
In Englisch / In English ¹⁴⁾	
Zusätzliche Angaben im Falle der In-vitro-Diagnostika gemäß Anhang II und der In-vitro-Diagnostika zur Eigenanwendung / Additional information for Annex II and self-testing in vitro diagnostic medical devices	
Produkttyp / Device type ¹⁵⁾	
Nummer(n) der Bescheinigung(en) / Certificate number(s) ¹⁶⁾	
<input type="checkbox"/> In Übereinstimmung mit den Gemeinsamen Technischen Spezifikationen (für Produkte gem. Anhang II, Liste A) / In conformity with Common Technical Specifications (for Annex II List A devices)	
Ergebnisse der Leistungsbewertung Outcome of performance evaluation	

Ich versichere, dass die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden.
I affirm that the information given above is correct to the best of my knowledge.

Ort
City

Datum
Date

Name
Unterschrift
Signature

Bearbeitungsvermerke / Processing notes

Nur von der zuständigen Behörde auszufüllen / To be filled in only by the competent authority

Bearbeiter / Person responsible

Telefon / Phone

Hinweise zum Ausfüllen/Notes on completing

- 1) Der Code der zuständigen Behörde setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, CA und der Nummer der zuständigen Behörde im Staat, z. B.: DE/CA01.
Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, CA and the number of the competent authority in the state, e.g.: DE/CA01.
- 2) Benutzen Sie bitte für die Staaten die Codes nach ISO 3166, z. B.:
Please use for the different states the codes according to ISO 3166, e.g.:
AT ... Österreich/Austria
BE ... Belgien/Belgium
CY ... Zypern/Cyprus
CZ ... Tschechische Republik/Czech Republic
DE ... Deutschland/Germany
- 3) Benutzen Sie bitte folgende Codes für die Länder/Bundeswehr:
Please use the following codes for the different federal states/Federal Armed Forces:

01 ... Schleswig-Holstein	10 ... Saarland
02 ... Hamburg	11 ... Berlin
03 ... Niedersachsen/Lower Saxony	12 ... Brandenburg
04 ... Bremen	13 ... Mecklenburg-Vorpommern/ Mecklenburg Western Pomerania
05 ... Nordrhein-Westfalen/North-Rhine-Westphalia	14 ... Sachsen/Saxony
06 ... Hessen/Hesse	15 ... Sachsen-Anhalt/Saxony-Anhalt
07 ... Rheinland-Pfalz/Rhineland-Palatinate	16 ... Thüringen/Thuringia
08 ... Baden-Württemberg	17 ... Bundeswehr/Federal Armed Forces
09 ... Bayern/Bavaria	
- 4) JJJJ-MM-TT/YYYY-MM-DD
- 5) Wird von der zuständigen Behörde vergeben. Die Registriernummer setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, dem Code der zuständigen Behörde, einem Schrägstrich und einer internen Registriernummer, z. B.: DE/CA01/nnn...
To be assigned by the competent authority. Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, the code of the competent authority, a slash and an internal registration number, e.g.: DE/CA01/nnn...
- 6) Hersteller nach § 3 Nr. 15 MPG
Manufacturer pursuant to § 3 no. 15 Medical Devices Act, MPG
- 7) Dieser Code wird durch DIMDI erstellt.
This code will be generated by DIMDI.
- 8) Nur auszufüllen vom Bevollmächtigten oder Einführer.
To be filled in only by the authorized representative or importer.
- 9) Nur der Verantwortliche nach § 5 Satz 1 und 2 MPG hat einen Sicherheitsbeauftragten anzuzeigen.
Only the person responsible pursuant to § 5, 1 and 2 sentence Medical Devices Act, MPG, has to notify one safety officer.

- ¹⁰⁾ Bei Systemen oder Behandlungseinheiten soll die Klassifizierung der Komponente mit dem höchsten Risiko angegeben werden. Bei Betrieb oder Einrichtung (sterilisieren) nach § 25 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 3 MPG ist die Angabe der Klassifizierung nicht erforderlich.
The classification of the components with the highest risk is to be indicated on systems or procedure packs. The indication of the classification is not necessary with institutions (sterilizing) pursuant to § 25 (2) in connection with 10 (3) Medical Device Act, MPG.
- ¹¹⁾ Nach § 3 Nr. 6 MPG handelt es sich um ein „neues In-vitro-Diagnostikum“, wenn:
- ein derartiges Medizinprodukt für den entsprechenden Analyten oder anderem Parameter während der vorangegangenen drei Jahre innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums nicht fortwährend verfügbar war oder
 - das Verfahren mit einer Analysetechnik arbeitet, die innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums während der vorangegangenen drei Jahre nicht fortwährend in Verbindung mit einem bestimmten Analyten oder anderen Parameter verwendet worden ist.
- Pursuant to § 3 no. 6 Medical Devices Act, MPG, an in vitro diagnostic medical device is “new” if:
- there has been no such device continuously available on the European Economic Area during the previous three years for the relevant analyte or other parameter
 - the procedure involves analytical technology not continuously used in connection with a given analyte or other parameter on the European Economic Area during the previous three years.
- ¹²⁾ Bitte den zutreffenden Code mit dem dazugehörigen Schlagwort aus der jeweils vorgeschriebenen Nomenklatur angeben. Wenn nicht vorhanden, bitte Kurzbeschreibung geben.
Relevant nomenclature code and term have to be taken from the prescribed nomenclature. If not available, please give a short description.
- ¹³⁾ Wenn der Nomenklaturcode aus der EDMS-Klassifikation stammt:
IVD-Reagenzien: Stufe 5 (Methode) oder, wenn nicht vorhanden, Stufe 4 (Parameter) zur Vergabe des Codes benutzen.
IVD-Instrumente: Stufe 3 (Untergruppe) der Instrumentengruppierung zur Vergabe des Codes benutzen.
Wenn die Global Medical Device Nomenclature (GMDN) zur Codierung benutzt wird, bitte den relevanten Vorzugsbegriff eintragen.
If nomenclature code and term are taken from the EDMS Classification:
IVD Reagents: Level 5 (“Method”) or if not available Level 4 (“Parameter”) has to be used.
IVD Instruments: Level 3 (“Subgroup”) of the instrument grouping has to be used.
If nomenclature code and term are taken from the Global Medical Device Nomenclature (GMDN):
Preferred term has to be used.
- ¹⁴⁾ Nur obligatorisch, wenn kein Code mit dem dazugehörigen Schlagwort angegeben wurde. Bitte selbstgewählte Schlagworte verwenden. Es können hier grundlegende Eigenschaften des Produktes angegeben werden, wie z. B. die beabsichtigte Verwendung, maßgebliche Aspekte seiner Klassifikation, die Hauptwirkungsweise ...
Only compulsory, if no relevant nomenclature code/designation has been given. Please use appropriate terms or a short phrase. The phrase can include basic features of the product such as, for example, the intended use, the aspects governing its classification, the analytical qualification, the principal mode of action...
- ¹⁵⁾ Vom Hersteller vergebener Name des Produktes/Manufacturer's product name
- ¹⁶⁾ Der (den) Nummer(n) der Bescheinigung(en) ist die Kennnummer der Benannten Stelle, gefolgt von einem Schrägstrich, voranzustellen, z. B. 0123/nnn...
Each certificate number is to precede with the Notified Body identification number followed by a slash, e.g.: 0123/nnn...

Anlage 3

(zu § 4 Abs. 1 Nr. 2)

Informationen über Bescheinigungen nach § 18 MPG
Information relating to Certificates pursuant to § 18 Medical Devices Act, MPG

Benannte Stelle / Notified Body	
Kennnummer / Identification number	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ¹⁾	Land / Federal state ²⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Registrierung (nicht Bestandteil der Bescheinigung) / Registration (not part of the certificate)	
Typ der Meldung / Notification type	
<input type="checkbox"/> Erstmeldung / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungs- oder Ersatzmeldung / Notification of change or replacement <input type="checkbox"/> Meldung über verweigerte Bescheinigung / Notification of refused certificate	
Bei Änderungs- oder Ersatzmeldung frühere Nummer der Bescheinigung ³⁾ In case of notification of change or replacement previous certificate number	
Ausstellungsdatum zur früheren Nummer der Bescheinigung ³⁾⁴⁾ Date of issue relating to previous certificate number	
Status der Bescheinigung bei Änderungs- oder Ersatzmeldung ⁵⁾ Certificate status at notification of change or replacement	
<input type="checkbox"/> geändert / changed <input type="checkbox"/> ergänzt / complemented <input type="checkbox"/> eingeschränkt / restricted <input type="checkbox"/> ersetzt / replaced <input type="checkbox"/> ausgesetzt / suspended <input type="checkbox"/> wieder eingesetzt / termination of suspension <input type="checkbox"/> zurückgezogen / withdrawn <input type="checkbox"/> gekündigt durch den Hersteller / terminated by the manufacturer	

Bescheinigung / Certificate	
Nummer der Bescheinigung / Certificate number ⁶⁾	
Bescheinigung nach / Certificate according to	
<input type="checkbox"/> Richtlinie 90/385/EWG / Directive 90/385/EEC <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anhang 2 ohne Nummer 4 / Annex 2 without section 4 <input type="checkbox"/> Anhang 2, Nummer 4 / Annex 2, section 4 <input type="checkbox"/> Anhang 3 / Annex 3 <input type="checkbox"/> Anhang 4 / Annex 4 ⁷⁾ <input type="checkbox"/> Anhang 5 / Annex 5 	
<input type="checkbox"/> Richtlinie 93/42/EWG / Directive 93/42/EEC <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anhang II ohne Nummer 4 / Annex II without section 4 <input type="checkbox"/> Anhang II, Nummer 4 / Annex II, section 4 <input type="checkbox"/> Anhang III / Annex III <input type="checkbox"/> Anhang IV / Annex IV ⁷⁾ <input type="checkbox"/> Anhang V / Annex V <input type="checkbox"/> Anhang VI / Annex VI 	
<input type="checkbox"/> Richtlinie 98/79/EG / Directive 98/79/EC <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anhang III, Nummer 6 / Annex III, section 6 <input type="checkbox"/> Anhang IV, Nummer 3 / Annex IV, section 3 <input type="checkbox"/> Anhang IV, Nummer 4 / Annex IV, section 4 <input type="checkbox"/> Anhang IV, Nummer 6 / Annex IV, section 6 ⁷⁾ <input type="checkbox"/> Anhang V / Annex V <input type="checkbox"/> Anhang VI / Annex VI ⁷⁾ <input type="checkbox"/> Anhang VII, Nummer 3 / Annex VII, section 3 ⁷⁾ <input type="checkbox"/> Anhang VII, Nummer 5 / Annex VII, section 5 ⁷⁾ 	
Datum der Ausstellung/Aussetzung/Zurückziehung/Verweigerung usw. ⁴⁾ Date of issue/suspension/withdrawal/refusal etc.	
Datum des Ablaufes der Bescheinigung ⁴⁾ Date of expiry of the certificate	
Hersteller / Manufacturer ⁸⁾	
Code ⁸⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ¹⁾	
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	

Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Bevollmächtigter / Authorized representative ⁹⁾ Code ⁸⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ¹⁾	
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Zuständige Behörde des Verantwortlichen für das erstmalige Inverkehrbringen ¹⁰⁾ Competent authority of the person responsible for the first placing on the market Code ⁸⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ¹⁾	
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Von der Bescheinigung erfasste(s) Produkt(e) / Device(s) covered by the certificate Klassifizierung / Classification <input type="checkbox"/> Aktive(s) implantierbare(s) Medizinprodukt(e) / Active implantable medical device(s) <input type="checkbox"/> Medizinprodukt(e) der Klasse(n) / Classification of the concerned device(s) <input type="checkbox"/> I - steril / sterile <input type="checkbox"/> I - mit Messfunktion / with measuring function <input type="checkbox"/> IIa <input type="checkbox"/> IIb <input type="checkbox"/> III <input type="checkbox"/> III – hergestellt unter Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs im Sinne der Richtlinie 2003/32/EG manufactured utilising tissues of animal origin in terms of Directive 2003/32/EC	

<input type="checkbox"/> In-vitro-Diagnostikum(a) / In vitro diagnostic medical device(s) <input type="checkbox"/> Produkt(e) der Liste A, Anhang II / Device(s) of List A, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt(e) der Liste B, Anhang II / Device(s) of List B, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt(e) zur Eigenanwendung, das (die) nicht im Anhang II genannt ist (sind) / Device(s) for self-testing not listed in Annex II
Geltungsbereich des genehmigten Qualitätssicherungssystems / Scope of quality assurance system
Bitte geben Sie die Betriebsstätten an, auf die sich die Bescheinigung erstreckt: Please identify the facilities covered by the certificate: Name, Adresse / Name, address
Geltungsbereich der EG-Auslegungs-, EG-Baumusterprüfbescheinigung bzw. EG-Konformitätserklärung Scope of the certificate with EC verification, EC type-examination or EC declaration of conformity Nomenklaturcode / Nomenclature code ¹¹⁾
Nomenklaturbezeichnung / Nomenclature term ¹¹⁾
Kurzbeschreibung / Short description ¹²⁾
Ergänzende Angaben im Falle von eingeschränkten, ausgesetzten, zurückgezogenen oder verweigerten Bescheinigungen Additional information in the event of restricted, suspended, withdrawn or refused certificates Begründung für die Statusänderung / Reason for change of certificate ¹³⁾
Auferlegte Beschränkungen / Imposed restrictions
Einschätzung des Risikos / Estimation of risk <input type="checkbox"/> Produkt unabhängige Gründe / Reasons not related to the medical device <input type="checkbox"/> Produktabhängig, gering / Device related, low <input type="checkbox"/> Produktabhängig, hoch / Device related, high ¹⁴⁾
Darlegung der Gründe / Explanation of estimated risk
Sonstige zweckdienliche Hinweise (insbesondere Empfehlungen zur Risikoabwehr) Additional information (especially recommendations for risk management)
Ggf. Fall-Nr. des Vorkommnisberichtes, die im Zusammenhang mit dieser Meldung steht Case no. of the vigilance report associated with this notification

Ort
 City

Datum
 Date

Name

Unterschrift
 Signature

Hinweise zum Ausfüllen/Notes on completing

Die Meldung kann in Deutsch oder Englisch ausgefüllt werden.

The notification may be completed in German or English.

- 1) Benutzen Sie bitte für die Staaten die Codes nach ISO 3166, z. B.:
Please use for the different states the codes according to ISO 3166, e.g.:
AT ... Österreich/Austria
BE ... Belgien/Belgium
CY ... Zypern/Cyprus
CZ ... Tschechische Republik/Czech Republic
DE ... Deutschland/Germany
- 2) Benutzen Sie bitte folgende Codes für die Länder/Bundeswehr:
Please use the following codes for the different federal states/Federal Armed Forces:

01 ... Schleswig-Holstein	10 ... Saarland
02 ... Hamburg	11 ... Berlin
03 ... Niedersachsen/Lower Saxony	12 ... Brandenburg
04 ... Bremen	13 ... Mecklenburg-Vorpommern/ Mecklenburg Western Pomerania
05 ... Nordrhein-Westfalen/North-Rhine-Westphalia	14 ... Sachsen/Saxony
06 ... Hessen/Hesse	15 ... Sachsen-Anhalt/Saxony-Anhalt
07 ... Rheinland-Pfalz/Rhineland-Palatinate	16 ... Thüringen/Thuringia
08 ... Baden-Württemberg	17 ... Bundeswehr/Federal Armed Forces
09 ... Bayern/Bavaria	
- 3) Zu jeder früheren Nummer der Bescheinigung muss das entsprechende Ausstellungsdatum angegeben werden. Der Nummer der Bescheinigung ist die Kennnummer der Benannten Stelle, gefolgt von einem Schrägstrich, voranzustellen, z. B.: 0123/nnn...
The date of issue has to be provided for each previous certificate number. The certificate number is to be preceded with the identification number of the corresponding Notified Body followed by a slash, e.g.: 0123/nnn...
- 4) JJJJ-MM-TT/YYYY-MM-DD
- 5) Geändert bezieht sich nicht auf den Geltungsbereich der Bescheinigung, sondern betrifft z. B. die Änderung der Adresse oder des Namens der juristischen Person des Herstellers. Eingeschränkt und ergänzt beziehen sich auf den Geltungsbereich der Bescheinigung. Ersetzt, ausgesetzt, wieder eingesetzt, zurückgezogen und gekündigt beziehen sich auf die gesamte Bescheinigung.
Changed is not to be seen in relation to scope of certificate, but it concerns e.g. the change of the address or the name of the entity of the manufacturer. Restricted and complemented relate to scope of certificate. Replaced, suspended, termination of suspension, withdrawn and terminated apply to the whole certificate.
- 6) Diese Nummer wird von der meldenden Benannten Stelle vergeben. Ihr ist die Kennnummer der Benannten Stelle voranzustellen, z. B.: 0123/nnn...
This number is assigned by the Notified Body reporting. It has to be preceded with the identification number of the corresponding Notified Body, e.g.: 0123/nnn...
- 7) Für die EG-Prüfung verlangen die Richtlinien von den Benannten Stellen, für jede zu genehmigende Charge (oder jedes einzelne Produkt) eine Bescheinigung auszustellen. Für die Informationen, welche im Zusammenhang mit dem Datenaustausch von den Benannten Stellen zur Verfügung gestellt werden, ist es ausreichend, in der Datenbank die Art der Bescheinigung, welche dem Hersteller für ein bestimmtes Produkt erteilt wurde, und die Kennnummer der Benannten Stelle, die sie ausgestellt hat, zu finden. Gleiches gilt für die Überprüfung der hergestellten Produkte im Sinne der Anhänge IV Abs. 6 und VII Abs. 5 der Richtlinie 98/79/EG.
For EC verification, the directives require the Notified Bodies to issue a certificate for each batch (or for each individual device) to be approved. For the information provided in connection with the regulatory data exchange by a given Notified Body, it is sufficient to find the kind of certificate which has been granted to the manufacturer of a given device and the identification number of the Notified Body which issued it in the data base. The same applies to the examination of the manufactured devices within the meaning of Annexes IV point 6 and VII point 5 of the Directive 98/79/EC.
- 8) Dieser Code wird durch DIMDI erstellt./This code will be generated by DIMDI.
- 9) Fakultativ auszufüllen, wenn der Hersteller seinen Sitz nicht im Bereich des EWR hat. Dabei sind mindestens die Bezeichnung, das Land und der Ort anzugeben. Im Falle mehrerer Bevollmächtigter sollte – soweit vorhanden – der deutsche Bevollmächtigte eingetragen werden.
To be filled in optionally if the manufacturer is not located in the EEA. Please state at least name, country and city. In case of several authorized representatives, the German authorized representative should be registered, if available.
- 10) Auszufüllen bei eingeschränkten, ausgesetzten, wieder eingesetzten, zurückgezogenen oder verweigerten Bescheinigungen. Bei nicht im EWR ansässigen Herstellern sollte – soweit vorhanden – die zuständige Be-

hörde für den deutschen Bevollmächtigten angegeben werden.

To be filled out in the case of a certificate that is restricted, suspended, with a termination of suspension, withdrawn or refused. When the manufacturers are not located in the EEA, the competent authority for the German authorized representative should be specified, if available.

- ¹¹⁾ Bitte den zutreffenden Code mit dem dazugehörigen Schlagwort aus der jeweils vorgeschriebenen Nomenklatur angeben. Wenn nicht vorhanden, bitte Kurzbeschreibung geben. Nur bei Produkten, für die eine EG-Auslegungs-, EG-Baumusterprüfbescheinigung bzw. EG-Konformitätserklärung ausgestellt wurde.
Please enter the relevant code and its designation from the prescribed nomenclature. If not available, please give a short description. Only with products, for which an EC verification, EC type-examination or EC declaration of conformity has been issued.
- ¹²⁾ Nur obligatorisch, wenn kein Code mit dem dazugehörigen Schlagwort angegeben wurde. Bitte selbstgewählte Schlagworte verwenden. Es können hier grundlegende Eigenschaften des Produktes angegeben werden, wie z. B. die beabsichtigte Verwendung, maßgebliche Aspekte seiner Klassifikation, die Hauptwirkungsweise...
Only compulsory, if no relevant code/designation has been given. Please use appropriate terms or a short phrase. The phrase can include basic features of the product such as, for example, the intended use, the aspects governing its classification, the principal means of action...
- ¹³⁾ Bitte Begründung nach § 18 Abs. 1 MPG angeben. Sofern die für den Hersteller oder Bevollmächtigten zuständige Behörde ihren Sitz nicht im deutschsprachigen Raum hat, sollten die Angaben in Englisch erfolgen.
Please give reasons for change of the certificate pursuant to § 18 (1) Medical Devices Act, MPG. If the competent authority is located outside of German-speaking countries, details should be given in English.
- ¹⁴⁾ Risiken, die zum Tode oder zu einer schwerwiegenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes eines Patienten, eines Anwenders oder einer anderen Person führen können.
Risks which may lead to death or to a serious deterioration in the state of health of a patient, user or other person.

**Klinische Prüfung nach § 20 Abs. 6 MPG
Leistungsbewertungsprüfung nach § 24 Abs. 2 MPG**

**Clinical Investigation according to § 20 (6) Medical Devices Act, MPG
Performance Evaluation according to § 24 (2) Medical Devices Act, MPG**

Zuständige Behörde (Auftraggeber oder anderer nach § 20 Abs. 6 und § 24 Abs. 2 MPG) Competent authority (initiator or as otherwise specified under §§ 20 (6) and 24 (2) Medical Devices Act, MPG) Code ¹⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Anzeige / Notification	
Registriertdatum bei der zuständigen Behörde ⁴⁾ Registration date at competent authority	Registriernummer / Registration number ⁵⁾
Datum des Ablaufes der 60-Tage-Frist ⁴⁾ Expiration date of 60 day period	
Typ der Anzeige / Notification type <input type="checkbox"/> Erstanzeige / Initial notification <input type="checkbox"/> Änderungsanzeige / Notification of change <input type="checkbox"/> Widerrufsanzeige / Notification of withdrawal	
Frühere Registriernummer bei Änderungs- und Widerrufsanzeige Previous registration number if notification has been changed or withdrawn	
Anzeigender Auftraggeber / Reporting initiator <input type="checkbox"/> Hersteller / Manufacturer <input type="checkbox"/> Bevollmächtigter / Authorized representative <input type="checkbox"/> Anderer / Other	
Auftraggeber / Initiator	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾

Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Leiter der Klinischen Prüfung/Leistungsbewertungsprüfung Principal coordinating investigator/principal coordinator of performance evaluation Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Prüfeinrichtung / Study site ⁶⁾ Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Name des Prüfarztes oder der hierzu befugten Person Name of medical practitioner (doctor) or other authorized person	

Zuständige Behörde (Prüfeinrichtung) / Competent authority (Study site) ⁷⁾ Code ¹⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ³⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Angaben zur Prüfung / Investigation/evaluation information	
<input type="checkbox"/> Klinische Prüfung / Clinical investigation	
<input type="checkbox"/> Leistungsbewertungsprüfung / Performance evaluation	
Titel der Studie / Title of study	
Protokollbezeichnung des Prüfplanes / Protocol name of the investigation/evaluation plan	
Bei Änderungsanzeigen: Kurzbeschreibung der Änderung In case of notification of change: Short description of change	
Geplanter Beginn / Planned starting date ⁸⁾	
Geplantes Ende / Planned finishing date ⁸⁾	
Anzahl der eingesetzten Produkte / Number of devices used	
Produkt zur Eigenanwendung / Device for self-testing ⁹⁾	<input type="checkbox"/> ja / yes <input type="checkbox"/> nein / no
Ort / Location	
Anzahl der beteiligten Laien / Number of lay persons involved ⁹⁾	
Medizinprodukt / Medical device	
<input type="checkbox"/> Aktives Medizinprodukt (AIMP, sonstiges aktives MP) / Active medical device (AIMD, other active MD)	
<input type="checkbox"/> Nichtaktives Medizinprodukt / Non-active medical device	
<input type="checkbox"/> IVD	
Nomenklatur / Nomenclature	
<input type="checkbox"/> UMDNS	
<input type="checkbox"/> EDMS-Klassifikation / EDMS classification	

	Nomenklaturcode / Nomenclature code ¹⁰⁾		
	Nomenklaturbezeichnung / Nomenclature term ¹⁰⁾		
	Kurzbeschreibung / Short description ¹¹⁾		
	Ethikkommission / Ethics Committee		
	Bezeichnung / Name		
	Registriert vom BfArM Registered by BfArM	<input type="checkbox"/> ja / yes	<input type="checkbox"/> nein / no
	Stellungnahme der Ethikkommission Ethics committee opinion	<input type="checkbox"/> ja / yes	<input type="checkbox"/> nein / no
	Zustimmende Stellungnahme der Ethikkommission Favourable opinion by ethics committee	<input type="checkbox"/> ja / yes	<input type="checkbox"/> nein / no

Anmerkung/Note:

Die Erklärungen zur klinischen Prüfung nach Anhang 6 Nr. 2.2 der Richtlinie 90/385 EWG bzw. Anhang VIII Nr. 2.2 der Richtlinie 93/42/EWG und zur Leistungsbewertungsprüfung nach Anhang VIII Nr. 2 der Richtlinie 98/79/EG in der jeweils geltenden Fassung sind beigefügt.

Enthalten sind als Anlage: – Prüfplan/Evaluierungsplan, insbesondere mit Angaben zu Ziel, wissenschaftlichen, technischen und medizinischen Gründen und Umfang der Prüfungen/Evaluierungen.

– Stellungnahme der registrierten Ethikkommission einschließlich der Angabe der Gesichtspunkte, die Gegenstand dieser Stellungnahme waren.

Versicherung: Das betreffende Produkt entspricht mit Ausnahme der Punkte, die Gegenstand der Prüfung/Evaluierung sind, den grundlegenden Anforderungen. Hinsichtlich dieser Punkte sind alle Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Patienten, des Anwenders und anderer Personen getroffen worden.

Zusicherung: Die nach Anhang 6 Nr. 3.2 der Richtlinie 90/385/EWG, bzw. Anhang VIII Nr. 3.2 der Richtlinie 93/42/EWG bzw. Anhang VIII Nr. 3 der Richtlinie 98/79/EG erforderliche Dokumentation für das (die) für die klinische Prüfung/Leistungsbewertungsprüfung bestimmte(n) Produkt(e) wurde erstellt und wird für die zuständigen Behörden bereitgehalten.

The definitions for the clinical investigation according to Annex 6 No. 2.2 of the Council Directive 90/385/EEC resp. Annex VIII No. 2.2 of the Council Directive 93/42/EEC and for the performance evaluation according to Annex VIII No. 2 of the Directive 98/79/EC of the European Parliament and of the Council are enclosed in its current valid edition.

Included in the enclosures are: Investigation/evaluation plan, in particular with information concerning objective, scientific, technical and medical reasons and scope of the investigations/evaluations.

– Comments of the registered Ethics Commission including the specification of the view points that were the topic of the subject matter.

Insurance: The device concerned fulfils the essential standards with the exception of the items that are object of the investigations. With regard to these items all precautionary measures were taken for the protection of health and the safety of the patients, user and other persons.

Assurance: The required documentation for the specified device/s under clinical investigation/performance evaluation, according to Annex 6 No. 3.2 of the Council Directive 90/385/EEC, Annex VIII No. 3.2 of the Council Directive 93/42/EEC resp. Annex VIII No. 3 of the Directive 98/79/EC of the European Parliament and of the Council was drawn up and is being held ready for the competent authorities.

Ich versichere, dass die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden.
 I affirm that the information given above is correct to the best of my knowledge.

Ort
 City

Datum
 Date

Name
 Unterschrift
 Signature

Bearbeitungsvermerke / Processing notes	
Nur von der zuständigen Behörde auszufüllen / To be filled in only by the competent authority	
Bearbeiter / Person responsible	Telefon / Phone

Hinweise zum Ausfüllen/Notes on completing

- 1) Der Code der zuständigen Behörde setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, CA und der Nummer der zuständigen Behörde im Staat, z. B.: DE/CA01.
 Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, CA and the number of the competent authority in the state, e.g.: DE/CA01.
- 2) Benutzen Sie bitte für die Staaten die Codes nach ISO 3166, z. B.:
 Please use for the different states the codes according to ISO 3166, e.g.:
 AT ... Österreich/Austria
 BE ... Belgien/Belgium
 CY ... Zypern/Cyprus
 CZ ... Tschechische Republik/Czech Republic
 DE ... Deutschland/Germany
- 3) Benutzen Sie bitte folgende Codes für die Länder/Bundeswehr:
 Please use the following codes for the different federal states/Federal Armed Forces:

01 ... Schleswig-Holstein	10 ... Saarland
02 ... Hamburg	11 ... Berlin
03 ... Niedersachsen/Lower Saxony	12 ... Brandenburg
04 ... Bremen	13 ... Mecklenburg-Vorpommern/ Mecklenburg Western Pomerania
05 ... Nordrhein-Westfalen/North-Rhine-Westphalia	14 ... Sachsen/Saxony
06 ... Hessen/Hesse	15 ... Sachsen-Anhalt/Saxony-Anhalt
07 ... Rheinland-Pfalz/Rhineland-Palatinate	16 ... Thüringen/Thuringia
08 ... Baden-Württemberg	17 ... Bundeswehr/Federal Armed Forces
09 ... Bayern/Bavaria	
- 4) JJJJ-MM-TT/YYYY-MM-DD
- 5) Wird von der zuständigen Behörde vergeben. Die Registriernummer setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, dem Code der zuständigen Behörde, einem Schrägstrich und einer internen Registriernummer, z. B.: DE/CA01/nnn...
 To be assigned by the competent authority. Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, the code of the competent authority, a slash and an internal registration number, e.g.: DE/CA01/nnn...
- 6) Weitere Prüfeinrichtungen anzeigen.
 Display further study sites.
- 7) Für weitere Prüfeinrichtungen die jeweils zuständige Behörde angeben.
 For further study sites specify the respective competent authority.
- 8) JJJJ-MM/YYYY-MM
- 9) Nur bei Leistungsbewertungsprüfung anzugeben.
 Only indicate for performance evaluation.

- ¹⁰⁾ Bitte den zutreffenden Code mit dem dazugehörigen Schlagwort aus der jeweils vorgeschriebenen Nomenklatur angeben. Wenn nicht vorhanden, bitte eine Kurzbeschreibung geben.
Please enter the relevant code and its designation from the prescribed nomenclature. If not available, please give a short description.
- ¹¹⁾ Nur obligatorisch, wenn kein Code mit dem dazugehörigen Schlagwort angegeben wurde. Bitte selbst gewählte Schlagworte zur Identifizierung des Produktes verwenden.
Only compulsory, if no relevant code/designation has been given. Please use appropriate terms or a short phrase for the identification of the product.

Anlage 5
(zu § 4 Abs. 1 Nr. 4)

**Mitteilung zur Klassifizierung eines Medizinproduktes
oder Abgrenzung zu Nicht-Medizinprodukten**

**Notice on the Classification of a Medical Device
or Demarcation from other Products**

Zuständige Behörde / Competent authority	
Code ¹⁾	
Bezeichnung / Name	
Staat / State ²⁾	Land / Federal state ⁴⁾
Ort / City	Postleitzahl / Postal code
Straße, Haus-Nr. / Street, house no.	
Telefon / Phone	Telefax / Fax
E-Mail	
Angaben zur Einstufung oder Entscheidung / Information on the adjudication or classification	
Aktenzeichen / Reference number	Datum der Mitteilung / Date of notice
Bearbeiter / Person responsible	E-Mail
Art der Mitteilung / Kind of notice	
<input type="checkbox"/> Klassifizierung eines Medizinproduktes / Classification of a medical device <input type="checkbox"/> Abgrenzung eines Medizinproduktes zu Nicht-Medizinprodukten Demarcation of a medical device from other products	
Kennnummer der Benannten Stelle nach § 13 Abs. 2 MPG Notified body identification number pursuant to § 13 (2) Medical Devices Act, MPG	
Abgestimmt mit / Coordinated with	
<input type="checkbox"/> Europäischer Kommission / European Commission <input type="checkbox"/> Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) Federal Institute for Drugs and Medical Devices (BfArM) <input type="checkbox"/> Paul-Ehrlich-Institut, Bundesamt für Sera und Impfstoffe (PEI) Paul-Ehrlich-Institut, Federal Agency for Sera and Vaccines (PEI) <input type="checkbox"/> Physikalisch-Technischer Bundesanstalt (PTB) <input type="checkbox"/> Anderer Behörde / Other authority	
Angaben zum Produkt / Information on the product	
Produktbezeichnung / Name of device ⁴⁾	
Hersteller / Manufacturer	
Zweckbestimmung und bestimmungsgemäße Hauptwirkung des Produktes Purpose of the product and main effect	

Ergangene Entscheidung / Adjudication ⁵⁾	
<input type="checkbox"/> Kein Medizinprodukt / No medical device <input type="checkbox"/> Medizinprodukt / Medical device <input type="checkbox"/> Arzneimittel / Medicinal product <input type="checkbox"/> Kosmetikum / Cosmetic <input type="checkbox"/> Persönliche Schutzausrüstung / Personal protective equipment <input type="checkbox"/> Sonstiges Produkt / Other product ⁶⁾	
Arzneimittelhaltiges Medizinprodukt / Device incorporating medicinal substances	
<input type="checkbox"/> ja / yes	<input type="checkbox"/> nein / no
<input type="checkbox"/> Nichtaktives Medizinprodukt / Non-active medical device <input type="checkbox"/> Aktives Medizinprodukt / Active medical device <input type="checkbox"/> Aktives implantierbares Medizinprodukt / Active implantable medical device <input type="checkbox"/> In-vitro-Diagnostikum / In vitro diagnostic medical device	
Angewendete rechtliche Grundlage / Used legal regulation ⁷⁾	
Medizinproduktegesetz (MPG) / Medical Devices Act, MPG	
<input type="checkbox"/> MPG § 2 Abs. _____ <input type="checkbox"/> MPG § 3 Nr. _____	
Europäische Richtlinie / European Directive	
<input type="checkbox"/> Richtlinie 90/385/EWG / Directive 90/385/EEC	Fundstelle / Reference
<input type="checkbox"/> Richtlinie 93/42/EWG / Directive 93/42/EEC	
<input type="checkbox"/> Richtlinie 98/79/EG / Directive 98/79/EC	
Andere Rechtsgrundlage / Other legal regulation ⁸⁾	
Staat / State ²⁾	
Bezeichnung / Title of the regulation	
Festgelegte Klassifizierung des Medizinproduktes nach Anhang IX der Richtlinie 93/42/EWG Stated classification of the medical device according to annex IX of Directive 93/42/EEC	
Klasse / Class	
<input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> I - steril / sterile <input type="checkbox"/> I - mit Messfunktion / with measuring function <input type="checkbox"/> IIa <input type="checkbox"/> IIb <input type="checkbox"/> III <input type="checkbox"/> III – hergestellt unter Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs im Sinne der Richtlinie 2003/32/EG manufactured utilising tissues of animal origin in terms of Directive 2003/32/EC	
Angewendete Regelnummer / Used rule number	
Aktuelle MEDDEV Revisions- und Regel-Nummer / Valid MEDDEV revision and rule number ⁹⁾	
Begründung, Anmerkung, Kurzbeschreibung, falls erforderlich Arguments, comments, short description if necessary	

Festgelegte Zuordnung des In-vitro-Diagnostikums Stated classification of the in vitro diagnostic medical device <input type="checkbox"/> Produkt der Liste A, Anhang II / Device of List A, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt der Liste B, Anhang II / Device of List B, Annex II <input type="checkbox"/> Produkt zur Eigenanwendung, das nicht in Anhang II genannt ist / Device for self-testing not listed in Annex II <input type="checkbox"/> Sonstiges Produkt / Other device (all devices except Annex II and self-testing devices)
Begründung, Anmerkung, Kurzbeschreibung, falls erforderlich Arguments, comments, short description if necessary
Codierung des Medizinproduktes / Coding of the medical device <input type="checkbox"/> Nomenklaturcode vorhanden / Nomenclature code available <input type="checkbox"/> Nomenklaturcode nicht vorhanden / Nomenclature code not available
Nomenklaturcode / Nomenclature code ¹⁰⁾
Nomenklaturbezeichnung / Nomenclature term ¹⁰⁾
Kategoriecode / Category code ¹¹⁾
Kategorie / Category ¹¹⁾

Hinweise zum Ausfüllen/Notes on completing

- 1) Der Code der zuständigen Behörde setzt sich zusammen aus dem Zwei-Buchstaben-Länder-Code nach ISO 3166, gefolgt von einem Schrägstrich, CA und der Nummer der zuständigen Behörde im Staat, z. B.: DE/CA01.
Composed of the two-letter country code according to ISO 3166 followed by a slash, CA and the number of the competent authority in the state, e.g.: DE/CA01.
- 2) Benutzen Sie bitte für die Staaten die Codes nach ISO 3166, z. B.:
Please use for the different states the codes according to ISO 3166, e.g.:
AT ... Österreich/Austria
BE ... Belgien/Belgium
CY ... Zypern/Cyprus
CZ ... Tschechische Republik/Czech Republic
DE ... Deutschland/Germany
- 3) Benutzen Sie bitte folgende Codes für die Länder/Bundeswehr:
Please use for the following codes for the different federal states/Federal Armed Forces:

01 ... Schleswig-Holstein	10 ... Saarland
02 ... Hamburg	11 ... Berlin
03 ... Niedersachsen/Lower Saxony	12 ... Brandenburg
04 ... Bremen	13 ... Mecklenburg-Vorpommern/ Mecklenburg Western Pomerania
05 ... Nordrhein-Westfalen/North-Rhine-Westphalia	14 ... Sachsen/Saxony
06 ... Hessen/Hesse	15 ... Sachsen-Anhalt/Saxony-Anhalt
07 ... Rheinland-Pfalz/Rhineland-Palatinate	16 ... Thüringen/Thuringia
08 ... Baden-Württemberg	17 ... Bundeswehr/Federal Armed Forces
09 ... Bayern/Bavaria	
- 4) Es werden allgemeine Produktbezeichnungen angegeben, nicht jedoch Handelsnamen. Beispiel: Gleitmittel.
General product names are used but not trade names. Example: Lubricant.
- 5) Im Fall von BfArM oder PEI als zuständige Behörde handelt es sich bei diesem Eintrag nur um eine unverbindliche Stellungnahme gemäß § 13 Abs. 3 MPG.
According to § 13 (3) Medical Devices Act, MPG, this notice is non-committal in cases where BfArM or PEI is the competent authority.
- 6) Bitte sonstige Gruppenbezeichnung eintragen und ggf. im Feld „Begründung, Anmerkung, Kurzbeschreibung“ zutreffende EU-Richtlinie angeben.
Please enter other group designation and cite in field “Arguments, comments, short description” relevant European Directive, if available.

- 7) Ggf. Absatz oder Nummer angeben.
Please specify paragraph or number.
- 8) Bezieht sich auf eine andere Rechtsgrundlage. Bitte Staat und genaue Bezeichnung der Rechtsvorschrift angeben.
Refers to other legal regulation. The state and the title of the regulation have to be stated.
- 9) Wenn in MEDDEV-Dokumenten Beispiele vorhanden sind, bitte Angabe der MEDDEV-Nummer sowie der Revisions- und Regelnummer, die zum Zeitpunkt der Mitteilung gültig sind. Beispiel: MEDDEV 2.4/1, Rev. 4, Regel 2.
If there are examples in MEDDEV documents please indicate the numbers of MEDDEV, of revision and rule, which are valid at the time of notice. Example: MEDDEV 2.4/1, rev. 4, rule 2.
- 10) Bitte den zutreffenden Code mit dem dazugehörigen Schlagwort aus der jeweils vorgeschriebenen Nomenklatur angeben.
Please enter the relevant code and its designation from the prescribed nomenclature.
- 11) Kategoriecode und Kategorie basieren auf der EN ISO 15225. In der Reihenfolge der Kategoriebegriffe (a) bis (l) soll der erste zutreffende Begriff für das Medizinprodukt vergeben werden.
Device category code and term are based on EN ISO 15225. The device should be assigned to the first category in which it fits, moving from the top downwards i.e. from (a) to (l).

Code:			Code:		
06	Produkte zur In-vitro-Diagnostik In vitro diagnostic devices	(a)	02	Anästhesie- und Beatmungsgeräte Anaesthetic and respiratory devices	(g)
01	Aktive implantierbare Produkte Active implantable devices	(b)	04	Elektrische und mechanische Medizinprodukte Electrical and mechanical medical devices	(h)
07	Nichtaktive implantierbare Produkte Non-active implantable devices	(c)	09	Wiederverwendbare Instrumente Reusable instruments	(i)
03	Zahnärztliche Produkte Dental devices	(d)	10	Produkte zum Einmalgebrauch Single use devices	(j)
08	Ophthalmische und optische Produkte Ophthalmic and optical devices	(e)	11	Technische Hilfen für behinderte Menschen Technical aids for disabled persons	(k)
12	Röntgen- und andere bildgebende Geräte Diagnostic and therapeutic radiation devices	(f)	05	Krankenhausinventar Hospital hardware	(l)“.

Artikel 5 Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 20 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Krankenkasse soll Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen fördern, die sich die Prävention oder die Rehabilitation von Versicherten bei einer der im Verzeichnis nach Satz 2 aufgeführten Krankheiten zum Ziel gesetzt haben. Die Spitzenverbände der Krankenkassen beschließen gemeinsam und einheitlich ein Verzeichnis der Krankheitsbilder, bei deren Prävention oder Rehabilitation eine Förderung zulässig ist; sie haben die Kassenärztliche Bundesvereinigung und Vertreter der für die Wahrnehmung der Interessen der Selbsthilfe maßgeblichen Spitzenorganisationen zu beteiligen. Die Spitzenverbände der Krankenkassen beschließen gemeinsam und einheitlich Grundsätze

zu den Inhalten der Förderung der Selbsthilfe; eine über die Projektförderung hinausgehende Förderung der gesundheitsbezogenen Arbeit von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen durch Zuschüsse ist möglich. Die in Satz 2 genannten Vertreter der Selbsthilfe sind zu beteiligen. Die Ausgaben der Krankenkasse für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Satz 1 sollen insgesamt im Jahr 2000 für jeden ihrer Versicherten einen Betrag von 0,51 Euro umfassen; sie sind in den Folgejahren entsprechend der prozentualen Veränderung der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 des Vierten Buches anzupassen.“

2. In § 28 Abs. 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 23 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 20d“ ersetzt.
3. § 31 Abs. 1 Satz 2 und 3 wird wie folgt gefasst:

„Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in den Richtlinien nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 festzulegen, in welchen medizinisch notwendigen Fällen ausnahmsweise in die Arzneimittelversorgung einbezogen werden:

1. Aminosäuremischungen, Eiweißhydrolysate, Elementardiäten und Sondennahrung,

2. Stoffe und Zubereitungen aus Stoffen, die als Medizinprodukte nach § 3 Nr. 1 oder 2 des Medizinproduktegesetzes zur Anwendung am oder im menschlichen Körper bestimmt sind; § 34 Abs. 1 Satz 5, 7 und 8 sowie Abs. 6 und § 35 gelten entsprechend. Für verschreibungspflichtige und nicht verschreibungspflichtige Medizinprodukte nach Satz 2 gilt § 34 Abs. 1 Satz 6 entsprechend.“
4. § 37 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:
- „Die Satzung kann bestimmen, dass die Krankenkasse zusätzlich zur Behandlungspflege nach Satz 1 als häusliche Krankenpflege auch Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung erbringt.“
- b) Die bisherigen Sätze 3 bis 6 werden die Sätze 4 bis 7.
5. § 249a wird wie folgt gefasst:
- „§ 249a
- Tragung der Beiträge
bei Versicherungspflichtigen mit Rentenbezug
- Versicherungspflichtige, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, und die Träger der Rentenversicherung tragen die nach der Rente zu bemessenden Beiträge jeweils zur Hälfte; den zusätzlichen Beitragssatz trägt der Rentner allein.“
6. § 257 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der bei Anwendung des um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allgemeinen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung zu zahlen wäre“ durch die Wörter „der für einen versicherungspflichtig Beschäftigten bei der Krankenkasse, bei der die Mitgliedschaft besteht, vom Arbeitgeber zu tragen wäre, höchstens jedoch die Hälfte des Betrages, den sie bei der Anwendung des allgemeinen Beitragssatzes tatsächlich zu zahlen haben“ ersetzt.
- b) Absatz 2a wird wie folgt gefasst:
- „(2a) Der Zuschuss nach Absatz 2 wird ab 1. Juli 1994 für eine private Krankenversicherung nur gezahlt, wenn das Versicherungsunternehmen
1. diese Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betreibt,
 2. sich verpflichtet, für versicherte Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und die über eine Vorversicherungszeit von mindestens zehn Jahren in einem substitutiven Versicherungsschutz (§ 12 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes) verfügen oder die das 55. Lebensjahr vollendet haben, deren jährliches Gesamteinkommen (§ 16 des Vierten Buches) die Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Abs. 7 nicht übersteigt und über diese Vorversicherungszeit verfügen, einen brancheneinheitlichen Standardtarif anzubieten, dessen Vertragsleistungen den Leistungen dieses Buches bei Krankheit jeweils vergleichbar sind und dessen Beitrag
- für Einzelpersonen den durchschnittlichen Höchstbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung und für Ehegatten oder Lebenspartner insgesamt 150 vom Hundert des durchschnittlichen Höchstbeitrages der gesetzlichen Krankenversicherung nicht übersteigt, sofern das jährliche Gesamteinkommen der Ehegatten oder Lebenspartner die Jahresarbeitsentgeltgrenze nicht übersteigt,
- 2a. sich verpflichtet, den brancheneinheitlichen Standardtarif unter den in Nummer 2 genannten Voraussetzungen auch Personen, die das 55. Lebensjahr nicht vollendet haben, anzubieten, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben oder die ein Ruhegehalt nach beamtenrechtlichen oder vergleichbaren Vorschriften beziehen; dies gilt auch für Familienangehörige, die bei Versicherungspflicht des Versicherungsnehmers nach § 10 familienversichert wären,
 - 2b. sich verpflichtet, auch versicherten Personen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Beihilfe haben, sowie deren berücksichtigungsfähigen Angehörigen unter den in Nummer 2 genannten Voraussetzungen einen brancheneinheitlichen Standardtarif anzubieten, dessen die Beihilfe ergänzende Vertragsleistungen den Leistungen dieses Buches bei Krankheit jeweils vergleichbar sind und dessen Beitrag sich aus der Anwendung des durch den Beihilfesatz nicht gedeckten Vom-Hundert-Anteils auf den in Nummer 2 genannten Höchstbeitrag ergibt,
 - 2c. sich verpflichtet, den brancheneinheitlichen Standardtarif unter den in Nummer 2b genannten Voraussetzungen ohne Berücksichtigung der Vorversicherungszeit, der Altersgrenze und des Gesamteinkommens ohne Risikozuschlag auch Personen anzubieten, die nach allgemeinen Aufnahmebedingungen aus Risikogründen nicht oder nur zu ungünstigen Konditionen versichert werden könnten, wenn sie das Angebot innerhalb der ersten sechs Monate nach der Feststellung der Behinderung oder der Berufung in das Beamtenverhältnis oder bis zum 31. Dezember 2000 annehmen,
 3. sich verpflichtet, den überwiegenden Teil der Überschüsse, die sich aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergeben, zugunsten der Versicherten zu verwenden,
 4. vertraglich auf das ordentliche Kündigungsrecht verzichtet und
 5. die Krankenversicherung nicht zusammen mit anderen Versicherungssparten betreibt, wenn das Versicherungsunternehmen seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.
- Der nach Satz 1 Nr. 2 maßgebliche durchschnittliche Höchstbeitrag der gesetzlichen Krankenver-

sicherung ist jeweils zum 1. Januar nach dem durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatz der Krankenkassen vom 1. Januar des Vorjahres (§ 245) und der Beitragsbemessungsgrenze (§ 223 Abs. 3) zu errechnen. Der Versicherungsnehmer hat dem Arbeitgeber jeweils nach Ablauf von drei Jahren eine Bescheinigung des Versicherungsunternehmens darüber vorzulegen, dass die Aufsichtsbehörde dem Versicherungsunternehmen bestätigt hat, dass es die Versicherung, die Grundlage des Versicherungsvertrages ist, nach den in Satz 1 genannten Voraussetzungen betreibt.“

- c) Nach Absatz 2a werden folgende Absätze 2b und 2c eingefügt:

„(2b) Zur Gewährleistung der in Absatz 2a Satz 1 Nr. 2 und 2a bis 2c genannten Begrenzung sind alle Versicherungsunternehmen, die die nach Absatz 2 zuschussberechtigte Krankenversicherung betreiben, verpflichtet, an einem finanziellen Spitzenausgleich teilzunehmen, dessen Ausgestaltung zusammen mit den Einzelheiten des Standardtarifs zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und dem Verband der privaten Krankenversicherung mit Wirkung für die beteiligten Unternehmen zu vereinbaren ist und der eine gleichmäßige Belastung dieser Unternehmen bewirkt. Für in Absatz 2a Satz 1 Nr. 2c genannte Personen, bei denen eine Behinderung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft festgestellt worden ist, wird ein fiktiver Zuschlag von 100 vom Hundert auf die Bruttoprämie angerechnet, der in den Ausgleich nach Satz 1 einbezogen wird.

(2c) Wer bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert ist, das die Voraussetzungen des Absatzes 2a nicht erfüllt, kann ab 1. Juli 1994 den Versicherungsvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen.“

- d) In Absatz 4 Satz 2 wird nach den Wörtern „neun Zehntel des“ das Wort „durchschnittlichen“ und werden nach dem Wort „Beitragssatzes“ die Wörter „der Krankenkassen“ eingefügt.

Artikel 6

Weitere Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. § 20 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. § 249a wird wie folgt gefasst:
„§ 249a

Tragung der Beiträge bei Versicherungspflichtigen mit Rentenbezug

Bei Versicherungspflichtigen, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, trägt der Träger der Rentenversicherung die Hälfte der nach der Rente zu bemessenden Beiträge nach dem um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allge-

meinen Beitragssatz; im Übrigen tragen die Rentner die Beiträge.“

3. § 257 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der für einen versicherungspflichtig Beschäftigten bei der Krankenkasse, bei der die Mitgliedschaft besteht, vom Arbeitgeber zu tragen wäre, höchstens jedoch die Hälfte des Betrages, den sie bei der Anwendung des allgemeinen Beitragssatzes tatsächlich zu zahlen haben“ durch die Wörter „der bei Anwendung des um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allgemeinen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung zu zahlen wäre“ ersetzt.

- b) Absatz 2a wird wie folgt gefasst:

„(2a) Der Zuschuss nach Absatz 2 wird ab 1. Januar 2009 für eine private Krankenversicherung nur gezahlt, wenn das Versicherungsunternehmen

1. diese Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betreibt,
2. einen Basistarif im Sinne des § 12 Abs. 1a des Versicherungsaufsichtsgesetzes anbietet,
3. soweit es über versicherte Personen im brancheneinheitlichen Standardtarif im Sinne von § 257 Abs. 2a in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung verfügt, sich verpflichtet, die in § 257 Abs. 2a in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung in Bezug auf den Standardtarif genannten Pflichten einzuhalten,
4. sich verpflichtet, den überwiegenden Teil der Überschüsse, die sich aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergeben, zugunsten der Versicherten zu verwenden,
5. vertraglich auf das ordentliche Kündigungsrecht verzichtet,
6. die Krankenversicherung nicht zusammen mit anderen Versicherungssparten betreibt, wenn das Versicherungsunternehmen seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

Der Versicherungsnehmer hat dem Arbeitgeber jeweils nach Ablauf von drei Jahren eine Bescheinigung des Versicherungsunternehmens darüber vorzulegen, dass die Aufsichtsbehörde dem Versicherungsunternehmen bestätigt hat, dass es die Versicherung, die Grundlage des Versicherungsvertrages ist, nach den in Satz 1 genannten Voraussetzungen betreibt.“

- c) Die Absätze 2b und 2c werden aufgehoben.
- d) In Absatz 4 Satz 2 werden das Wort „durchschnittlichen“ und die Wörter „der Krankenkassen“ gestrichen.

Artikel 7

Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte

§ 48 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2557), das zuletzt durch Artikel 16

des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(3) Versicherungspflichtige, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, und die Träger der Rentenversicherung tragen die nach der Rente zu bemessenden Beiträge jeweils zur Hälfte; den zusätzlichen Beitragssatz trägt der Rentner allein.“

Artikel 8

Weitere

Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte

§ 48 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477, 2557), das zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(3) Bei Versicherungspflichtigen, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, trägt der Träger der Rentenversicherung die Hälfte der nach der Rente zu bemessenden Beiträge nach dem um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allgemeinen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung.“

Artikel 9

Änderung des

GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes

Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 Nr. 190 wird in § 282 Abs. 1 Satz 1 die Angabe „1. Januar 2008“ durch die Angabe „1. Juli 2008“ ersetzt.

2. In Artikel 12 Nr. 2 Buchstabe b wird das Wort „Zuschusses“ durch das Wort „Beitrages“ ersetzt.

3. Artikel 46 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Artikel 1 Nr. 48 Buchstabe b und Nr. 213 sowie Artikel 44 Nr. 5 Buchstabe c treten am 1. Juli 2007 in Kraft.“

- b) In Absatz 9 wird die Angabe „Artikel 26 bis 29“ durch die Angabe „Artikel 26 bis 28, 29 Nr. 3“ ersetzt.

- c) Absatz 10 wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Angabe „Artikel 17,“ wird die Angabe „Artikel 29 Nr. 1, 2 und 4,“ eingefügt.

bb) Die Angabe „Artikel 44 Nr. 1 bis 4, Nr. 5 Buchstabe a, b, d und c“ wird durch die Angabe „Artikel 44 Nr. 1 bis 4, Nr. 5 Buchstabe a, b und d“ ersetzt.

Artikel 10

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 30. Juni 2007 in Kraft, soweit in den folgenden Absätzen nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) Artikel 5 Nr. 1 bis 2 und 4 bis 6 sowie Artikel 7 treten mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft.

(3) Artikel 6 Nr. 1 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

(4) Artikel 5 Nr. 3 tritt am 1. Juli 2008 in Kraft.

(5) Artikel 6 Nr. 2 und 3 sowie Artikel 8 treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 14. Juni 2007

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

**Bekanntmachung
der Neufassung der Soldatenlaufbahnverordnung**

Vom 8. Juni 2007

Auf Grund des Artikels 2 der Ersten Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung vom 2. Mai 2007 (BGBl. I S. 654) wird nachstehend der Wortlaut der Soldatenlaufbahnverordnung in der seit dem 8. Mai 2007 geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die am 1. April 2002 in Kraft getretene Verordnung vom 19. März 2002 (BGBl. I S. 1111),
2. den am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Artikel 3 des Gesetzes vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3822),
3. den am 1. April 2005 in Kraft getretenen Artikel 1 der Verordnung vom 21. März 2005 (BGBl. I S. 867),
4. den am 30. April 2005 in Kraft getretenen Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 2005 (BGBl. I S. 1106),
5. den am 1. Juli 2005 in Kraft getretenen Artikel 78 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818),
6. den am 8. Mai 2007 in Kraft getretenen Artikel 1 der eingangs genannten Verordnung.

Die Rechtsvorschriften wurden erlassen auf Grund

- zu 1. und 3. des § 27 Abs. 1 in Verbindung § 72 Abs. 1 Nr. 2 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Februar 2001 (BGBl. I S. 232, 478), von denen § 27 zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4013) geändert worden ist,
- zu 6. des § 27 Abs. 1 in Verbindung mit § 93 Abs. 1 Nr. 2 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482).

Bonn, den 8. Juni 2007

Der Bundesminister der Verteidigung
F. J. Jung

**Verordnung
über die Laufbahnen der Soldatinnen und Soldaten
(Soldatenlaufbahnverordnung – SLV)**

Inhaltsübersicht

Kapitel 1

Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Dienstliche Beurteilung
- § 3 Ordnung der Laufbahnen
- § 4 Einstellung
- § 5 Beförderung
- § 6 Umwandlung des Dienstverhältnisses und Laufbahnwechsel
- § 7 Dienstgradbezeichnung der früheren Soldatinnen und früheren Soldaten

Kapitel 2

Laufbahngruppe der Mannschaften

- § 8 Voraussetzungen für die Einstellung in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit
- § 9 Beförderung der Mannschaften im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit
- § 10 Beförderung der sonstigen Soldatinnen und Soldaten

Kapitel 3

Laufbahngruppe der Unteroffiziere

Abschnitt 1

Berufssoldatinnen, Berufssoldaten,
Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Unterabschnitt 1

Fachunteroffiziere

- § 11 Voraussetzungen für die Einstellung als Unteroffizieranwärterin oder Unteroffizieranwärter
- § 12 Beförderung der Unteroffizieranwärterinnen und Unteroffizieranwärter
- § 13 Einstellung mit einem höheren Dienstgrad, Nachbeförderung
- § 14 Aufstieg aus der Laufbahngruppe der Mannschaften

Unterabschnitt 2

Feldweibel

- § 15 Voraussetzungen für die Einstellung als Feldweibelanwärterin oder Feldweibelanwärter
- § 16 Beförderung der Feldweibelanwärterinnen und Feldweibelanwärter
- § 17 Einstellung mit einem höheren Dienstgrad, Nachbeförderung
- § 18 Beförderung der Feldweibel
- § 19 Aufstieg aus der Laufbahngruppe der Mannschaften
- § 20 Zulassung zu einer Laufbahn der Feldweibel
- § 21 Umwandlung des Dienstverhältnisses

Abschnitt 2

Sonstige Soldatinnen und Soldaten
(§ 1 Nr. 2 bis 7)

- § 22 Beförderung, Zulassung zu einer Laufbahn der Reserve und Berufung in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten

Kapitel 4

Laufbahngruppe der Offiziere

Abschnitt 1

Berufssoldatinnen, Berufssoldaten,
Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Unterabschnitt 1

Truppendienst

- § 23 Voraussetzungen für die Einstellung als Offizieranwärterin oder Offizieranwärter
- § 24 Beförderung der Offizieranwärterinnen und Offizieranwärter
- § 25 Beförderung der Offiziere
- § 26 Truppenoffiziere für besondere Verwendungen
- § 27 (weggefallen)
- § 28 Truppenoffiziere mit wissenschaftlicher Vorbildung
- § 29 Aufstieg in die Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes

Unterabschnitt 2

Sanitätsdienst

- § 30 Voraussetzungen für die Einstellung als Sanitätsoffizieranwärterin oder Sanitätsoffizier-Anwärter und Einstellung mit einem höheren Dienstgrad
- § 31 Beförderung der Sanitätsoffizier-Anwärterinnen und Sanitätsoffizier-Anwärter
- § 32 Voraussetzungen für die Einstellung als Sanitätsoffizier
- § 33 Beförderung der Sanitätsoffiziere

Unterabschnitt 3

Militärmusikdienst

- § 34 Voraussetzungen für die Einstellung als Militärmusikoffizier-Anwärterin oder Militärmusikoffizier-Anwärter
- § 35 Beförderung der Militärmusikoffizier-Anwärterinnen und Militärmusikoffizier-Anwärter
- § 36 Beförderung der Militärmusikoffiziere
- § 37 Voraussetzungen für die Einstellung als Militärmusikoffizier

Unterabschnitt 4

Geoinformationsdienst der Bundeswehr

- § 38 Einstellung und Beförderung der Offiziere mit Universitätsabschluss
- § 39 Einstellung und Beförderung der Offiziere mit Fachhochschulabschluss

Unterabschnitt 5

Militärfachlicher Dienst

- § 40 Voraussetzungen für die Zulassung
- § 41 Beförderung der Offizieranwärterinnen und Offizieranwärter
- § 42 Beförderung der Offiziere

Abschnitt 2

Sonstige Soldatinnen und Soldaten
(§ 1 Nr. 2 bis 7)

- § 43 Beförderung, Zulassung zu einer Laufbahn der Reserve und Berufung in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten

Kapitel 5**Übergangs- und Schlussvorschriften**

- § 44 Einstellungs-, Ausbildungs- und Beförderungsrichtlinien
- § 45 Ausnahmen
- § 46 Umwandlung des Dienstverhältnisses nach § 45a des Soldatengesetzes
- § 47 Ausnahme für die Einstellung von Sanitätsoffizieren
- § 48 Übergangsvorschriften
- § 49 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Kapitel 1**Allgemeines****§ 1****Geltungsbereich**

Diese Verordnung gilt für

1. Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit,
2. Soldaten, die Grundwehrdienst oder daran anschließenden freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst leisten,
3. Soldatinnen, die auf Grund freiwilliger Verpflichtung nach § 59 Abs. 3 Satz 1 des Soldatengesetzes eine Dienstleistung erbringen, und Soldaten, die nach § 4 Abs. 3 Satz 1 des Wehrpflichtgesetzes einen anderen als den in Nummer 2 genannten Wehrdienst leisten,
4. frühere Soldatinnen und nicht wehrpflichtige frühere Soldaten, die nach § 59 Abs. 1 oder 2 des Soldatengesetzes zu weiteren Dienstleistungen herangezogen werden,
5. frühere Soldaten, die als Angehörige der Reserve zum Wehrdienst nach dem Wehrpflichtgesetz herangezogen werden,
6. frühere Soldatinnen, die nach § 59 Abs. 3 Satz 3 des Soldatengesetzes zu weiteren Dienstleistungen herangezogen werden, und für
7. Personen, die zu dienstlichen Veranstaltungen im Sinne des § 81 Abs. 2 des Soldatengesetzes herangezogen werden.

§ 2**Dienstliche Beurteilung**

(1) Eignung, Befähigung und Leistung der Soldatinnen und Soldaten sind regelmäßig, oder wenn es die dienstlichen oder persönlichen Verhältnisse erfordern, zu beurteilen. Die Beurteilung ist den Soldatinnen und den Soldaten in ihrem vollen Wortlaut zu eröffnen und mit ihnen zu besprechen. Die Eröffnung ist aktenkundig zu machen und mit der Beurteilung zu der Personalakte zu nehmen.

(2) Das Nähere regelt das Bundesministerium der Verteidigung durch Erlass. Es kann Ausnahmen von der regelmäßigen Beurteilung zulassen.

§ 3**Ordnung der Laufbahnen**

(1) Die Laufbahnen der Soldatinnen und Soldaten sind den Laufbahngruppen der Mannschaften, der Unteroffiziere und der Offiziere zugeordnet.

(2) Der Laufbahngruppe der Mannschaften sind die Laufbahnen des Truppendienstes, des Sanitätsdienstes und des Militärmusikdienstes zugeordnet.

(3) Der Laufbahngruppe der Unteroffiziere sind in der Ausgestaltung als Laufbahnen der Feldwebel die Laufbahnen des Truppendienstes, des Sanitätsdienstes, des Militärmusikdienstes, des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr und des allgemeinen Fachdienstes, in der Ausgestaltung als Laufbahnen der Fachunteroffiziere die Laufbahnen des Sanitätsdienstes, des Militärmusikdienstes, des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr und des allgemeinen Fachdienstes zugeordnet.

(4) Der Laufbahngruppe der Offiziere sind die Laufbahnen des Truppendienstes, des Sanitätsdienstes, des Militärmusikdienstes, des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr und des militärfachlichen Dienstes zugeordnet.

(5) Die Vorschriften dieser Verordnung für Dienstgrade und Zusätze zur Dienstgradbezeichnung mit den Dienstgradbezeichnungen des Heeres und der Luftwaffe gelten auch für die entsprechenden Dienstgrade der Marine und des Sanitätsdienstes.

§ 4**Einstellung**

(1) Einstellung ist die Begründung eines Wehrdienstverhältnisses.

(2) Soldatinnen und Soldaten werden für alle Laufbahnen im untersten Dienstgrad der Mannschaften eingestellt, soweit durch diese Verordnung nichts anderes bestimmt oder zugelassen ist. Frühere Soldatinnen und frühere Soldaten werden als Berufssoldatin, Berufssoldat, Soldatin auf Zeit oder Soldat auf Zeit mit dem in der Bundeswehr erworbenen Dienstgrad eingestellt, wenn in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

(3) Mit einem höheren Dienstgrad kann eingestellt werden, wer dem Bundesgrenzschutz, der Bundespolizei oder einer Bereitschaftspolizei der Länder angehört hat. Der Dienstgrad richtet sich nach der vorgesehenen Verwendung in der Bundeswehr, der Vorbildung, der Ausbildung, der Dienstzeit, der Laufbahnzugehörigkeit und den wahrgenommenen Funktionen im Bundesgrenzschutz, in der Bundespolizei oder in einer Bereitschaftspolizei der Länder. Über die Festsetzung des höheren Dienstgrades entscheidet das Bundesministerium der Verteidigung. Die Laufbahn ist in der Entscheidung zu bezeichnen. § 11 Abs. 1 Nr. 2 und § 13 Abs. 2 gelten entsprechend.

(4) Offizieranwärterinnen und Offizieranwärtern (Offiziere auf Zeit), die das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife, der Fachhochschulreife oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzen, kann bereits bei der Einstellung die Absicht mitgeteilt werden, sie bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten zu berufen.

§ 5**Beförderung**

(1) Beförderung ist die Verleihung eines höheren Dienstgrades.

(2) Die Dienstgrade einer Laufbahn sind regelmäßig zu durchlaufen, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

(3) Den in § 1 Nr. 2 bis 6 Genannten kann abweichend von Absatz 2 ein höherer Dienstgrad verliehen werden, wenn sie

1. die militärische Eignung für die dem Dienstgrad entsprechende Verwendung durch Lebens- und Berufserfahrung außerhalb der Bundeswehr erworben haben oder
2. die dem höheren Dienstgrad entsprechende besondere Eignung für eine militärfachliche Verwendung durch Lebens- und Berufserfahrung erworben haben.

Den in § 1 Nr. 3 bis 6 Genannten wird der Dienstgrad vorläufig verliehen; er kann nach einem Wehrdienst von mindestens der in § 10 Abs. 2 Satz 1, § 22 Abs. 2 Satz 5 und § 43 Abs. 5 Satz 2 jeweils bestimmten Dauer endgültig verliehen werden. In den Fällen nach Satz 1 Nr. 2 kann der höhere Dienstgrad auch zeitweilig für die Dauer der Verwendung verliehen werden. Über die Verleihung der höheren Dienstgrade entscheidet das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm beauftragte Stelle. Die Laufbahn ist in der Entscheidung zu bezeichnen. Die Sätze 1 und 4 gelten entsprechend für die in § 1 Nr. 7 Genannten; der höhere Dienstgrad darf nur für die Dauer der dienstlichen Veranstaltung verliehen werden.

(4) Eine Beförderung ist nicht zulässig vor Ablauf eines Jahres nach der Einstellung oder der letzten Beförderung im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit, soweit in dieser Verordnung keine andere Frist bestimmt ist, es sei denn, dass der bisherige Dienstgrad nicht regelmäßig durchlaufen zu werden brauchte.

(5) Dienstzeiten, die nach dieser Verordnung Voraussetzung für eine Beförderung sind, rechnen von der Einstellung oder, falls die Dienstzeit in einem bestimmten Dienstgrad abgeleistet sein muss, von dem Tag des Wirksamwerdens der Ernennung ab. Für ihre Berechnung gilt bei einer Einstellung oder Einberufung mit einem höheren Dienstgrad als dem untersten Dienstgrad der Mannschaften die Zeit als erfüllt, die nach dieser Verordnung für eine Beförderung zu dem Dienstgrad, mit dem die Soldatin oder der Soldat eingestellt oder einberufen worden ist, mindestens vorausgesetzt wird. Bei Soldatinnen oder Soldaten, die vor ihrem Eintritt in die Bundeswehr Dienst als Beamtinnen oder Beamte im Bundesgrenzschutz, in der Bundespolizei oder in einer Bereitschaftspolizei der Länder geleistet haben, wird diese Zeit auf die entsprechenden Dienstzeiten angerechnet, die Voraussetzung für die Beförderungen sind.

(6) Als Dienstzeit gilt auch die Zeit

1. in einem vorläufigen Dienstgrad, wenn der Soldatin oder dem Soldaten dieser Dienstgrad verliehen worden ist; dies gilt nicht für die Zeit in einem vorläufigen Dienstgrad, den frühere Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee auf Anordnung des Bundesministeriums der Verteidigung während des Dienstverhältnisses besonderer Art geführt haben;

2. eines Urlaubs unter Wegfall der Geld- und Sachbezüge für die Tätigkeit in öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen oder zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit;

3. eines Urlaubs unter Wegfall der Geld- und Sachbezüge, der dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dient, bis zur Dauer von insgesamt zwei Jahren; die zeitliche Grenze gilt nicht, wenn der Urlaub für eine Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin oder wissenschaftlicher Assistent oder Geschäftsführerin oder Geschäftsführer bei Fraktionen des Deutschen Bundestages oder der Landtage, für eine Tätigkeit bei der Deutschen Flugsicherung GmbH, für eine Tätigkeit bei sonstigen Gesellschaften des Bundes oder Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder für eine Tätigkeit bei Unternehmen, mit denen die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf vertraglicher Grundlage zusammenarbeitet, erteilt wurde;

4. einer Elternzeit nach § 28 Abs. 7 des Soldatengesetzes sowie eines Urlaubs nach § 28 Abs. 5 des Soldatengesetzes; nimmt eine Soldatin oder ein Soldat Elternzeit oder Urlaub einmal in Anspruch, ist der Zeitraum der tatsächlichen Verzögerung auch bei Inanspruchnahme in mehreren Zeitabschnitten bis zu einem Jahr zu berücksichtigen; wird die Elternzeit oder der Urlaub wiederholt oder nacheinander in Anspruch genommen, ist insgesamt höchstens ein Zeitraum von zwei Jahren zu berücksichtigen.

Während des Urlaubs nach Nummer 2 oder 3 müssen Aufgaben wahrgenommen werden, die dem Dienstgrad der Soldatin oder des Soldaten entsprechen. Das Bundesministerium der Verteidigung hat das Vorliegen der Voraussetzungen bei Gewährung des Urlaubs schriftlich festzustellen.

(7) Bei der Anrechnung von Dienstzeiten, die nach dieser Verordnung Voraussetzung für eine Beförderung sind, werden Teilzeitbeschäftigung und Vollzeitbeschäftigung gleich behandelt.

§ 6

Umwandlung des Dienstverhältnisses und Laufbahnwechsel

(1) Die Umwandlung des Dienstverhältnisses einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten und umgekehrt ist nur mit Zustimmung der Soldatin oder des Soldaten zulässig.

(2) Ein Laufbahnwechsel ist nur zulässig, wenn die Soldatin oder der Soldat die Befähigung für die neue Laufbahn besitzt. Laufbahnwechsel aus dem Truppendienst in eine andere Laufbahn und aus einer anderen Laufbahn in den Truppendienst sind nur mit Zustimmung der Soldatin oder des Soldaten zulässig. Bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres ist ein Laufbahnwechsel aus dem Militärmusikdienst in den Truppendienst auch ohne Zustimmung der Soldatin oder des Soldaten zulässig. Einer Zustimmung bedarf es nicht für einen Laufbahnwechsel der in § 1 Nr. 2 genannten Soldaten. Für Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit, die für nicht mehr als zwei Jahre in ihr Dienstverhältnis berufen worden sind, gilt § 43 Abs. 2 und 4 entsprechend.

(3) Laufbahnanwärterinnen und Laufbahnanwärter, die sich für die entsprechende Laufbahn nicht eignen, werden mit ihrer Entlassung nach § 55 Abs. 4 Satz 2 des Soldatengesetzes oder mit der sonstigen Beendigung ihres Dienstverhältnisses je nach dem erreichten Dienstgrad in die Laufbahngruppe der Mannschaften oder Unteroffiziere übergeführt. Hierbei werden die Laufbahnanwärterinnen und Laufbahnanwärter in der Laufbahn des Truppendienstes im Dienstgrad Unteroffizier, Fahnenjunkler oder Stabsunteroffizier bei mangelnder Eignung in die Laufbahn der Fachunteroffiziere des allgemeinen Fachdienstes übergeführt. Die Laufbahnanwärterinnen und Laufbahnanwärter in der Laufbahn des allgemeinen Fachdienstes oder des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr, die einen Mannschaftsdienstgrad führen, werden bei mangelnder Eignung in die Laufbahn der Mannschaften des Truppendienstes übergeführt.

(4) Angehörige des Truppendienstes, die durch Urteil in einem gerichtlichen Disziplinarverfahren zum Dienstgrad eines Unteroffiziers oder Stabsunteroffiziers herabgesetzt werden, werden in die Laufbahn der Fachunteroffiziere des allgemeinen Fachdienstes übergeführt. Angehörige des allgemeinen Fachdienstes oder des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr, die durch Urteil in einem gerichtlichen Disziplinarverfahren zu einem Mannschaftsdienstgrad herabgesetzt werden, werden in die Laufbahn des Truppendienstes übergeführt.

(5) Mit der Überführung oder Rückführung entfällt der jeweilige Zusatz zur Dienstgradbezeichnung. An die Stelle der Anwärterdienstgradbezeichnung der bisherigen Laufbahn tritt nach der Überführung oder Rückführung die diesem Dienstgrad entsprechende Dienstgradbezeichnung der neuen Laufbahn.

§ 7

Dienstgradbezeichnung der früheren Soldatinnen und früheren Soldaten

Frühere Soldatinnen und frühere Soldaten dürfen ihren in der Bundeswehr nicht nur vorläufig oder zeitweilig erworbenen Dienstgrad mit dem Zusatz „der Reserve (d. R.)“ weiterführen. Im Schriftverkehr außerhalb eines Wehrdienstverhältnisses werden der Dienstgradbezeichnung die Wörter „der Reserve (d. R.)“ hinzugesetzt.

Kapitel 2

Laufbahngruppe der Mannschaften

§ 8

Voraussetzungen für die Einstellung in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit

(1) Für die Laufbahnen der Mannschaften kann in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 32. Lebensjahr noch nicht vollendet und
2. die Vollzeitschulpflicht erfüllt hat.

(2) Für die Laufbahn der Mannschaften des Militärmusikdienstes darf in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit nur eingestellt

werden, wer außerdem mindestens ein Orchesterinstrument beherrscht.

§ 9

Beförderung der Mannschaften im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit

(1) Die Beförderung der Mannschaften ist nach folgenden Dienstzeiten zulässig:

1. zum Gefreiten nach drei Monaten,
2. zum Obergefreiten nach sechs Monaten,
3. zum Hauptgefreiten nach zwölf Monaten,
4. zum Stabsgefreiten nach 36 Monaten und
5. zum Oberstabsgefreiten nach 48 Monaten.

Die Beförderung zum Oberstabsgefreiten setzt außerdem eine festgesetzte Dienstzeit von mindestens sechs Jahren voraus.

(2) Die Dienstgrade Obergefreiter, Hauptgefreiter, Stabsgefreiter und Oberstabsgefreiter brauchen nicht durchlaufen zu werden.

§ 10

Beförderung der sonstigen Soldatinnen und Soldaten

(1) Die in § 1 Nr. 2 genannten Soldaten werden nach den Vorschriften über die Beförderung von Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit befördert.

(2) Die in § 1 Nr. 3 bis 7 genannten Soldatinnen und Soldaten können jeweils nach einem Wehrdienst von mindestens sechs Tagen befördert werden. Die Beförderungen sind erst nach Ablauf einer Zeit zulässig, die im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit als Dienstzeit für die Beförderung nach dieser Verordnung mindestens vorausgesetzt wird. Zeiten einer dienstlichen Veranstaltung nach § 81 des Soldatengesetzes werden auf den Wehrdienst nach Satz 1 nicht angerechnet.

Kapitel 3

Laufbahngruppe der Unteroffiziere

Abschnitt 1

Berufssoldatinnen, Berufssoldaten, Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Unterabschnitt 1 Fachunteroffiziere

§ 11

Voraussetzungen für die Einstellung als Unteroffizieranwärterin oder Unteroffizieranwärter

(1) Als Anwärterin oder Anwärter für die Laufbahnen des Sanitätsdienstes, des Militärmusikdienstes, des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr und des allgemeinen Fachdienstes kann in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und

2. eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat.

(2) Als Anwärtlerin oder Anwärter für die Laufbahn des Militärmusikdienstes darf in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit nur eingestellt werden, wer außerdem mindestens ein Orchesterinstrument beherrscht.

(3) Die Anwärtlerinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr bis zu ihrer Beförderung zum Unteroffizier ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Unteroffizieranwärterin (UA)“ oder „Unteroffizieranwärter (UA)“.

§ 12

Beförderung der Unteroffizieranwärterinnen und Unteroffizieranwärter

(1) Die Beförderung einer Unteroffizieranwärterin oder eines Unteroffizieranwärters zum Gefreiten ist nach einer Dienstzeit von drei Monaten zulässig. Die Beförderung zum Unteroffizier setzt eine Dienstzeit von einem Jahr, davon mindestens neun Monate in einem Gefreitentdienstgrad, voraus. Die Anwärtlerin oder der Anwärter hat eine Unteroffizierprüfung (Fachunteroffizierprüfung) mit Erfolg abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Befähigung für die Laufbahnen der Fachunteroffiziere wird durch das Bestehen einer Fachunteroffizierprüfung nachgewiesen, die aus einem allgemeinen militärischen und einem militärfachlichen Teil besteht. Die militärfachliche Ausbildung muss mehrmonatig und lehrgangsgebunden stattfinden, wenn nicht der militärfachliche Teil der Fachunteroffizierprüfung durch eine zivilberufliche Ausbildung ersetzt wird.

§ 13

Einstellung mit einem höheren Dienstgrad, Nachbeförderung

(1) In das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann eingestellt werden

1. mit dem Dienstgrad Unteroffizier, wer
 - a) eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und
 - b) über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt,
 - c) im Militärmusikdienst nur, wer die Bildungsvoraussetzungen nach Buchstabe a erfüllt und eine für den Musikerberuf übliche, mindestens dreijährige erfolgreiche praktische und theoretische Ausbildung in einem musikalischen Bildungsinstitut, bei einem Mitglied eines Kulturorchesters oder einer Lehrerin oder einem Lehrer in freiberuflicher Tätigkeit (Privatmusikerzieherin oder Privatmusikerzieher) abgeschlossen hat,
2. mit dem Dienstgrad Stabsunteroffizier, wer
 - a) das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt oder

b) eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat, über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt und eine anschließende mindestens zweijährige förderliche berufliche Tätigkeit nachweist.

(2) Die Bewerberinnen und Bewerber müssen die Voraussetzung des § 8 Abs. 1 Nr. 1 erfüllen, sich mindestens für drei Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichten und eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet haben.

(3) Abweichend von § 5 Abs. 4 und § 12 kann zum Unteroffizier befördert werden, wer sich in einem Gefreitentdienstgrad befindet und die nach Absatz 1 Nr. 1 geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung mit dem Dienstgrad Unteroffizier erfüllt.

(4) Abweichend von § 5 Abs. 4 und § 12 kann zum Stabsunteroffizier befördert werden, wer sich mindestens in einem Gefreitentdienstgrad befindet und die nach Absatz 1 Nr. 2 geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung mit dem Dienstgrad Stabsunteroffizier erfüllt.

§ 14

Aufstieg aus der Laufbahngruppe der Mannschaften

(1) Mannschaften aller Laufbahnen können zu einer Laufbahn der Fachunteroffiziere zugelassen werden, wenn sie sich in einem Gefreitentdienstgrad befinden und eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben haben.

(2) Nach ihrer Zulassung führen sie im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Unteroffizier ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Unteroffizieranwärterin (UA)“ oder „Unteroffizieranwärter (UA)“.

Unterabschnitt 2

Feldwebel

§ 15

Voraussetzungen für die Einstellung als Feldwebelanwärterin oder Feldwebelanwärter

(1) Als Anwärtlerin oder Anwärter für die Laufbahnen des Truppendienstes, des Sanitätsdienstes, des Militärmusikdienstes, des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr und des allgemeinen Fachdienstes kann in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und
 2. als Bildungsvoraussetzungen
 - a) eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und jeweils über einen förderlichen Berufsabschluss verfügt oder
 - b) das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt.
- (2) Als Anwärtlerin oder Anwärter für die Laufbahn des Militärmusikdienstes darf in das Dienstverhältnis

einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit nur eingestellt werden, wer außerdem mindestens ein Orchesterinstrument beherrscht.

(3) Die Anwärterinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr bis zu ihrer Beförderung zum Feldwebel ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Feldwebelanwärterin (FA)“ oder „Feldwebelanwärter (FA)“.

§ 16

Beförderung der Feldwebelanwärterinnen und Feldwebelanwärter

(1) Die Beförderung der Feldwebelanwärterinnen und Feldwebelanwärter ist nach folgenden Dienstzeiten zulässig:

1. zum Gefreiten nach drei Monaten,
2. zum Unteroffizier nach zwölf Monaten,
3. zum Stabsunteroffizier nach 24 Monaten und
4. zum Feldwebel nach 36 Monaten.

(2) Vor der Beförderung zum Feldwebel haben Anwärterinnen und Anwärter eine Unteroffizierprüfung (Feldwebelprüfung) mit Erfolg abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Die Befähigung für die Laufbahnen der Feldwebel wird durch das Bestehen einer Feldwebelprüfung nachgewiesen, die aus einem allgemeinmilitärischen und einem militärfachlichen Teil besteht. Die militärfachliche Ausbildung muss mehrmonatig und lehrgangsgebunden stattfinden, wenn nicht der militärfachliche Teil der Feldwebelprüfung durch eine zivilberufliche Ausbildung ersetzt wird.

§ 17

Einstellung mit einem höheren Dienstgrad, Nachbeförderung

(1) In das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann als Feldwebelanwärterin oder Feldwebelanwärter eingestellt werden

1. mit dem Dienstgrad Unteroffizier, wer
 - a) eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und
 - b) über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt,
 - c) im Militärmusikdienst nur, wer die Bildungsvoraussetzungen nach Buchstabe a erfüllt und eine für den Musikerberuf übliche, mindestens dreijährige erfolgreiche praktische und theoretische Ausbildung in einem musikalischen Bildungsinstitut, bei einem Mitglied eines Kulturorchesters oder einer Lehrerin oder einem Lehrer in freiberuflicher Tätigkeit (Privatmusikerzieherin oder Privatmusikerzieher) abgeschlossen hat,
2. mit dem Dienstgrad Stabsunteroffizier, wer
 - a) das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und jeweils über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt oder einen Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des mittleren

nichttechnischen Dienstes erfolgreich abgeschlossen hat oder

- b) eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat, über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss verfügt und eine mindestens zweijährige förderliche berufliche Tätigkeit nachweist.

(2) In das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann mit dem Dienstgrad Feldwebel eingestellt werden

1. im Truppendienst, im Geoinformationsdienst der Bundeswehr und im allgemeinen Fachdienst, wer
 - a) in einem für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Beruf die Meisterprüfung oder eine dieser nach Art, Inhalt und Zulassungsvoraussetzung vergleichbare Prüfung oder die Abschlussprüfung an einer mindestens zweijährigen Fachschule bestanden hat oder
 - b) einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des mittleren technischen Dienstes erfolgreich abgeschlossen hat,
2. im Sanitätsdienst, wer die staatliche Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Arztfachhelferin oder Arztfachhelfer, Gesundheitsaufseherin oder Gesundheitsaufseher, Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Gesundheits- und Krankenpfleger, Kinderkrankenschwester oder Kinderkrankenschwester, Krankenschwester oder Krankenpfleger, Medizintechnikerin oder Medizintechniker, Orthopädiemechanikerin oder Orthopädiemechaniker, Physiotherapeutin oder Physiotherapeut, Tiergesundheitsaufseherin oder Tiergesundheitsaufseher, zahnmedizinische Fachhelferin oder zahnmedizinischer Fachhelfer, Zahn-technikerin oder Zahn-techniker besitzt oder wer über einen für die vorgesehene Verwendung verwertbaren Berufsabschluss in einem technischen Assistenzberuf oder einem Assistenzberuf im Gesundheitswesen verfügt,
3. im Militärmusikdienst, wer das Grundstudium an einer Hochschule für Musik mit dem Vordiplom abgeschlossen hat.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen mindestens eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben haben.

(3) § 13 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Abweichend von § 5 Abs. 4 und § 16 Abs. 1 kann zum Unteroffizier befördert werden, wer sich in einem Gefreitendienstgrad befindet und die nach Absatz 1 Nr. 1 geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung mit dem Dienstgrad Unteroffizier erfüllt.

(5) Abweichend von § 5 Abs. 4 und § 16 Abs. 1 kann zum Stabsunteroffizier befördert werden, wer sich mindestens in einem Gefreitendienstgrad befindet und die nach Absatz 1 Nr. 2 geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung mit dem Dienstgrad Stabsunteroffizier erfüllt.

(6) Abweichend von § 5 Abs. 4 und § 16 kann zum Feldwebel befördert werden, wer sich mindestens in einem Gefreitendienstgrad befindet und die nach Ab-

satz 2 geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung mit dem Dienstgrad Feldwebel erfüllt.

§ 18

Beförderung der Feldwebel

(1) Die Beförderung zum Hauptfeldwebel setzt eine Dienstzeit von mindestens acht, für Angehörige des fliegenden Personals und für Personal, das als Kampfschwimmerin oder Kampfschwimmer oder im Kommando Spezialkräfte für besondere Einsätze verwendet wird, von mindestens sechs Jahren voraus. Die Beförderung von Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit zum Hauptfeldwebel setzt außerdem eine festgesetzte Dienstzeit von mindestens zwölf Jahren, bei Einstellung als Unteroffizier von mindestens elf, als Stabsunteroffizier von mindestens zehn Jahren und als Feldwebel von mindestens neun Jahren voraus.

(2) Voraussetzungen für die Beförderung zum Oberstabsfeldwebel sind

1. eine Dienstzeit von mindestens 16 Jahren seit Ernennung zum Feldwebel und
2. eine Dienstzeit von mindestens sechs Jahren seit Ernennung zum Hauptfeldwebel.

Zum Oberstabsfeldwebel dürfen nur Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten und die in § 1 Nr. 3 bis 7 genannten Soldatinnen und Soldaten befördert werden.

§ 19

Aufstieg aus der Laufbahngruppe der Mannschaften

(1) Mannschaften aller Laufbahnen können zu einer Laufbahn der Feldwebel zugelassen werden, wenn sie sich in einem Gefreitentdienstgrad befinden, eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben haben und über einen förderlichen Berufsabschluss verfügen. Zugelassen werden kann auch, wer sich in einem Gefreitentdienstgrad befindet und das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt.

(2) Nach ihrer Zulassung führen sie im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Feldwebel ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Feldwebelanwärterin (FA)“ oder „Feldwebelanwärter (FA)“.

§ 20

Zulassung zu einer Laufbahn der Feldwebel

Fachunteroffiziere aller Laufbahnen können zu einer Laufbahn der Feldwebel zugelassen werden, wenn sie die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 Nr. 2 und im Militärmusikdienst außerdem des § 15 Abs. 2 erfüllen. Nach ihrer Zulassung führen sie ihre Dienstgradbezeichnung bis zur Beförderung zum Feldwebel im Schriftverkehr mit dem Zusatz „Feldwebelanwärterin (FA)“ oder „Feldwebelanwärter (FA)“.

§ 21

Umwandlung des Dienstverhältnisses

Das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann in das einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten umgewandelt werden, wenn die Soldatin oder der Soldat das 24. Lebensjahr vollendet und mindestens den Dienstgrad eines Feldwebels erreicht hat.

Abschnitt 2

Sonstige Soldatinnen und Soldaten (§ 1 Nr. 2 bis 7)

§ 22

Beförderung, Zulassung zu einer Laufbahn der Reserve und Berufung in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten

(1) Die in § 1 Nr. 2 genannten Soldaten werden nach den Vorschriften über die Beförderung von Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit befördert.

(2) Die in § 1 Nr. 2 bis 7 genannten Soldatinnen und Soldaten können zugelassen werden

1. zu einer Laufbahn der Fachunteroffiziere der Reserve, wenn sie die Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 erfüllen,
2. zu einer Laufbahn der Feldwebel der Reserve, wenn sie die Voraussetzungen des § 19 Abs. 1 erfüllen.

Nach der Zulassung zu einer Laufbahn der Fachunteroffiziere der Reserve führen sie im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Unteroffizier ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Reserveunteroffizier-Anwärterin (RUA)“ oder „Reserveunteroffizier-Anwärter (RUA)“, nach der Zulassung zu einer Laufbahn der Feldwebel der Reserve bis zur Beförderung zum Feldwebel mit dem Zusatz „Reservefeldwebel-Anwärterin (RFA)“ oder „Reservefeldwebel-Anwärter (RFA)“. In den Laufbahnen der Fachunteroffiziere der Reserve ist vor der Beförderung zum Unteroffizier der Reserve eine Fachunteroffizierprüfung, in den Laufbahnen der Feldwebel der Reserve vor der Beförderung zum Feldwebel der Reserve eine Feldwebelprüfung mit Erfolg abzulegen. Weitere Beförderungen sind erst nach Ablauf einer Zeit zulässig, die für Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit als Dienstzeit für die Beförderung nach dieser Verordnung mindestens vorausgesetzt wird. Außerdem ist vor jeder Beförderung ein Wehrdienst von mindestens zwölf Tagen abzuleisten. Zeiten einer dienstlichen Veranstaltung nach § 81 des Soldatengesetzes werden auf den Wehrdienst nach Satz 5 nicht angerechnet.

(3) Reserveunteroffiziere können in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten berufen werden, wenn sie mindestens den Dienstgrad eines Feldwebels erreicht, in ihrem Dienstgrad mindestens vier Monate Wehrdienst geleistet und sich dabei für ihre Berufung in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten als geeignet erwiesen haben. Für die Beförderungen im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten ist die in

der Bundeswehr tatsächlich geleistete Dienstzeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berufung von Soldatinnen und Soldaten im Sinne des § 1 Nr. 2 bis 6, denen wegen ihrer besonderen Eignung für eine militärfachliche Verwendung der für ihre Dienststellung erforderliche Dienstgrad verliehen worden ist (§ 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2), in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten gilt Absatz 3 Satz 1 entsprechend. Die Berufung ist nur mit Zustimmung des Bundespersonalausschusses zulässig.

(5) Für die Einstellung in die Reserveunteroffizierlaufbahnen gilt § 13 Abs. 1 und § 17 Abs. 2 entsprechend. In der Marine kann für die Laufbahn der Bootsmänner der Reserve des Truppendienstes als Bootsmänner eingestellt werden, wer eine Hauptschule mit Erfolg besucht oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand erworben hat und das nautische Befähigungszeugnis Kapitän auf Schiffen mit einem Bruttoreaumgehalt von 6 000 Bruttoreumzahlen in der mittleren Fahrt besitzt. Der jeweilige Einstellungsdienstgrad wird vorläufig verliehen. Er kann nach einem Wehrdienst von mindestens zwölf Tagen endgültig verliehen werden. Zeiten einer dienstlichen Veranstaltung nach § 81 des Soldatengesetzes werden auf den Wehrdienst nach Satz 4 nicht angerechnet.

Kapitel 4

Laufbahngruppe der Offiziere

Abschnitt 1

Berufssoldatinnen, Berufssoldaten, Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Unterabschnitt 1

Truppendienst

§ 23

Voraussetzungen für die Einstellung als Offizieranwärterin oder Offizieranwärter

(1) Als Anwärtlerin oder Anwärter für die Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten kann eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und
2. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife, der Fachhochschulreife oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt.

(2) Als Anwärtlerin oder Anwärter für die Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann abweichend von Absatz 1 Nr. 2 auch eingestellt werden, wer das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt.

(3) Die Anwärtlerinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Fahnenjunker ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Offizieranwärterin (OA)“ oder „Offizieranwärter (OA)“.

§ 24

Beförderung der Offizieranwärterinnen und Offizieranwärter

(1) Die Ausbildung zum Offizier dauert mindestens drei Jahre. Die Beförderung der Anwärtlerinnen und der Anwärter ist nach folgenden Dienstzeiten zulässig:

1. zum Gefreiten nach drei Monaten,
2. zum Fahnenjunker nach zwölf Monaten,
3. zum Fähnrich nach 21 Monaten,
4. zum Oberfähnrich nach 30 Monaten und
5. zum Leutnant nach 36 Monaten.

Auf die Ausbildungs- und Beförderungszeit kann die Dienstzeit in der Bundeswehr bis zu einem Jahr angerechnet werden. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Anwärtlerinnen und Anwärter haben eine Offizierprüfung mit Erfolg abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden.

(3) Die Ausbildung endet mit der Beförderung zum Leutnant. Sie endet auch dann, wenn die Anwärtlerin oder der Anwärter zur Wiederholung der Prüfung nicht zugelassen wird oder die Wiederholungsprüfung nicht besteht.

§ 25

Beförderung der Offiziere

(1) Die Beförderung zum Hauptmann ist nach einer Dienstzeit von fünf Jahren seit Ernennung zum Leutnant zulässig.

(2) Die Beförderung zum Major ist nach der erfolgreichen Teilnahme an einem Stabsoffizierlehrgang und nach einer Dienstzeit von neun Jahren seit Ernennung zum Leutnant zulässig.

(3) Die Beförderung zum Oberst ist nach einer Dienstzeit von 15 Jahren seit Ernennung zum Leutnant zulässig.

(4) Die Beförderung der Offiziere des fliegenden Personals und der Offiziere, die als Kampfschwimmerin oder Kampfschwimmer oder im Kommando Spezialkräfte für besondere Einsätze verwendet werden, ist abweichend von den Absätzen 1 bis 3 nach folgenden Dienstzeiten seit Ernennung zum Leutnant zulässig:

1. zum Hauptmann nach vier Jahren und sechs Monaten,
2. zum Major nach acht Jahren und sechs Monaten und
3. zum Oberst nach 14 Jahren und sechs Monaten.

§ 26

Truppenoffiziere für besondere Verwendungen

(1) Für technische Verwendungen im Truppendienst kann in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer

1. das 32. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. ein der vorgesehenen Verwendung entsprechendes Studium an einer Fachhochschule abgeschlossen hat,

3. sich für mindestens drei Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet und
4. eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet hat.

(2) Für Verwendungen im Truppendienst, die eine natur-, sozial- oder wirtschaftswissenschaftliche Vorbildung erfordern, kann als Offizier eingestellt werden, wer ein in Absatz 1 Nr. 2 genanntes Studium abgeschlossen hat.

(3) In den Truppendienst der Marine kann als Offizier eingestellt werden, wer ein im Ausbildungsgang mit Fachhochschulstudium erworbenes Befähigungszeugnis

1. Kapitän auf Kauffahrteischiffen mit Ausnahme der Fischereifahrzeuge,
2. Leiter der Maschinenanlage auf Kauffahrteischiffen,
3. Nautischer Wachoffizier auf Kauffahrteischiffen mit Ausnahme der Fischereifahrzeuge oder
4. Technischer Wachoffizier auf Kauffahrteischiffen besitzt.

(4) Die Bewerberinnen und Bewerber werden als Leutnant, nach Vollendung des 26. Lebensjahres als Oberleutnant eingestellt. Absatz 1 Nr. 1, 3 und 4 gilt für die Einstellungen nach den Absätzen 2 und 3 entsprechend.

(5) Die Laufbahn beginnt mit dem Einstellungsdienstgrad.

(6) Vor der Umwandlung des Dienstverhältnisses einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten muss die Soldatin oder der Soldat mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet haben; das Bundesministerium der Verteidigung kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Absatz 1 Nr. 3 und 4 bleibt unberührt.

§ 27

(weggefallen)

§ 28

Truppenoffiziere mit wissenschaftlicher Vorbildung

(1) Für Verwendungen, die eine wissenschaftliche Vorbildung erfordern, kann in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer ein entsprechendes Studium an einer Universität oder gleichstehenden Hochschule mit einer ersten Staatsprüfung oder mit einer Hochschulprüfung abgeschlossen hat. § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Die Bewerberinnen und Bewerber werden als Hauptmann eingestellt. Ihre Beförderung ist nach folgenden Dienstzeiten seit Ernennung zum Hauptmann zulässig:

1. zum Major nach drei Jahren und
2. zum Oberst nach zehn Jahren.

Voraussetzung für die Beförderung zum Major ist die erfolgreiche Teilnahme an einem Stabsoffizierlehrgang.

(3) Die Bewerberinnen und Bewerber werden als Major eingestellt, wenn sie nach Abschluss des Studi-

ums die zweite Staatsprüfung abgelegt oder den Grad eines Doktor-Ingenieurs oder, soweit nach dem Hochschulrecht der Länder an dessen Stelle der Grad eines Doktors der Naturwissenschaften tritt, diesen erworben haben. Ihre Beförderung zum Oberst ist frühestens nach einer Dienstzeit von acht Jahren zulässig.

(4) Die Laufbahn beginnt in den Fällen der Absätze 2 und 3 mit dem Einstellungsdienstgrad.

§ 29

Aufstieg in die Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes

(1) Unteroffiziere aller Laufbahnen können zur Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes zugelassen werden, wenn sie im Zeitpunkt der Zulassung mindestens 21 Jahre alt sind, sich in einem Feldwebeldienstgrad befinden und an einem Auswahllehrgang erfolgreich teilgenommen haben.

(2) Nach der Zulassung führen Feldwebel den Dienstgrad Fähnrich und Hauptfeldwebel den Dienstgrad Oberfähnrich. Oberfeldwebel führen im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Oberfähnrich und höhere Dienstgrade bis zur Beförderung zum Offizier ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Offizieranwärterin (OA)“ oder „Offizieranwärter (OA)“.

(3) § 24 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass auf die Ausbildungs- und Beförderungszeit je nach dem erreichten Dienstgrad bis zu zwei Jahre der bisherigen Dienstzeit als Soldatin oder Soldat angerechnet werden können. Nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung zum Offizier werden Stabsfeldwebel und Oberstabsfeldwebel zu Leutnanten ernannt.

Unterabschnitt 2

Sanitätsdienst

§ 30

Voraussetzungen für die Einstellung als Sanitätsoffizier-Anwärterin oder Sanitätsoffizier-Anwärter und Einstellung mit einem höheren Dienstgrad

(1) Als Anwärterin oder Anwärter für die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. die nach den Approbationsordnungen für Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker oder Tierärztinnen und Tierärzte oder die nach der Prüfungsordnung für Zahnärztinnen und Zahnärzte bei dem Gesuch um Zulassung zur Prüfung nachzuweisende Schulbildung besitzt und
3. sich für mindestens 15 Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet.

(2) Als Anwärterinnen oder Anwärter für die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann mit dem Dienstgrad Fahnenjunker auch eingestellt werden,

wer die ärztliche, zahnärztliche oder tierärztliche Vorprüfung oder den ersten Abschnitt der pharmazeutischen Prüfung erfolgreich abgelegt hat. Absatz 1 Nr. 1 und 3 gilt entsprechend.

(3) Die Anwärterinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Sanitätsoffizier-Anwärterin (SanOA)“ oder „Sanitätsoffizier-Anwärter (SanOA)“.

§ 31

Beförderung der Sanitätsoffizier-Anwärterinnen und Sanitätsoffizier-Anwärter

(1) Die Beförderung der Anwärterinnen und Anwärter ist nach folgenden Dienstzeiten zulässig:

1. zum Gefreiten nach drei Monaten,
2. zum Fahnenjunker nach zwölf Monaten,
3. zum Fähnrich nach 21 Monaten,
4. zum Oberfähnrich nach 30 Monaten und
5. zum Leutnant nach 36 Monaten.

Der Dienstgrad Oberleutnant braucht nicht durchlaufen zu werden. § 24 Abs. 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Vor der Beförderung zum Leutnant haben die Anwärterinnen und Anwärter eine Offizierprüfung mit Erfolg abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden.

(3) Die Beförderung zum Stabsarzt oder Stabsveterinär setzt die Approbation als Ärztin oder Arzt, Zahnärztin oder Zahnarzt, Tierärztin oder Tierarzt, die Beförderung zum Stabsapotheker die Approbation als Apothekerin oder Apotheker und die staatliche Prüfung als Lebensmittelchemikerin oder Lebensmittelchemiker voraus.

(4) Die Ausbildung zum Sanitätsoffizier endet mit der Beförderung zum Stabsarzt, Stabsveterinär oder Stabsapotheker.

§ 32

Voraussetzungen für die Einstellung als Sanitätsoffizier

(1) Für die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes kann auch eingestellt werden, wer

1. die Approbation als Ärztin oder Arzt, Zahnärztin oder Zahnarzt, Tierärztin oder Tierarzt, Apothekerin oder Apotheker besitzt,
2. sich für mindestens ein Jahr zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet und
3. eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet hat.

(2) Die Bewerberinnen und Bewerber werden eingestellt:

1. Ärztinnen, Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte als Stabsarzt,
2. Tierärztinnen und Tierärzte als Stabsveterinär,
3. Apothekerinnen und Apotheker als Stabsapotheker.

(3) Vor der Umwandlung des Dienstverhältnisses einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten muss die Soldatin oder der Soldat mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet haben; das Bundesminis-

terium der Verteidigung kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Absatz 1 Nr. 3 bleibt unberührt.

§ 33

Beförderung der Sanitätsoffiziere

Beförderungen sind nach folgenden Dienstzeiten seit Ernennung zum Stabsarzt, Stabsveterinär oder Stabsapotheker zulässig:

1. zum Oberstabsarzt, Oberstabsveterinär oder Oberstabsapotheker nach zwei Jahren und
2. zum Oberstarzt, Oberstveternär oder Oberstapotheker nach zehn Jahren.

Unterabschnitt 3

Militärmusikdienst

§ 34

Voraussetzungen für die Einstellung als Militärmusikoffizier-Anwärterin oder Militärmusikoffizier-Anwärter

(1) Als Anwärterin oder Anwärter für die Laufbahn der Offiziere des Militärmusikdienstes im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit kann eingestellt werden, wer

1. das 17. Lebensjahr vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife, der Fachhochschulreife oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt,
3. die Aufnahmeprüfung an einer Hochschule für Musik bestanden hat und
4. sich für mindestens 15 Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet.

(2) Die Anwärterinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Militärmusikoffizier-Anwärterin (MilMusikOA)“ oder „Militärmusikoffizier-Anwärter (MilMusikOA)“.

§ 35

Beförderung der Militärmusikoffizier-Anwärterinnen und Militärmusikoffizier-Anwärter

(1) Die Beförderung der Anwärterinnen und Anwärter ist nach folgenden Dienstzeiten zulässig:

1. zum Gefreiten nach drei Monaten,
2. zum Fahnenjunker nach zwölf Monaten,
3. zum Fähnrich nach 21 Monaten,
4. zum Oberfähnrich nach 30 Monaten und
5. zum Leutnant nach 36 Monaten.

Der Dienstgrad Oberleutnant braucht nicht durchlaufen zu werden. § 24 Abs. 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(2) Vor der Beförderung zum Leutnant haben die Anwärterinnen und Anwärter eine Offizierprüfung abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden.

(3) Die Beförderung zum Hauptmann setzt das Kapellmeisterexamen voraus.

(4) Die Ausbildung zum Offizier des Militärmusikdienstes endet mit der Beförderung zum Hauptmann.

§ 36

Beförderung der Militärmusikoffiziere

Beförderungen sind nach folgenden Dienstzeiten seit Ernennung zum Hauptmann zulässig:

1. zum Major nach drei Jahren und
2. zum Oberst nach 13 Jahren.

§ 37

Voraussetzungen für die Einstellung als Militärmusikoffizier

(1) Für die Laufbahn der Offiziere des Militärmusikdienstes kann auch eingestellt werden, wer

1. ein Studium an einer Hochschule für Musik oder einem anderen entsprechenden Musikinstitut mit dem Kapellmeisterexamen abgeschlossen hat,
2. sich für mindestens drei Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet und
3. eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet hat.

(2) Die Bewerberinnen und Bewerber werden als Hauptmann eingestellt. Die Laufbahn beginnt mit dem Einstellungsdienstgrad.

(3) Ihre Beförderung ist nach folgenden Dienstzeiten seit Ernennung zum Hauptmann zulässig:

1. zum Major nach drei Jahren und
2. zum Oberst nach zehn Jahren.

Unterabschnitt 4

Geoinformationsdienst der Bundeswehr

§ 38

Einstellung und Beförderung der Offiziere mit Universitätsabschluss

(1) Für die Laufbahn der Offiziere des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr kann in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit eingestellt werden, wer

1. ein Studium in einem geowissenschaftlichen Fachgebiet an einer Universität oder gleichstehenden Hochschule abgeschlossen hat,
2. sich für mindestens drei Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet und
3. eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet hat.

(2) Für die Einstellung gilt § 28 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 entsprechend.

(3) Die Beförderung zum Oberst ist nach den in § 28 Abs. 2 oder, wenn die Bewerberin oder der Bewerber als Major eingestellt worden ist, nach den in § 28 Abs. 3 genannten Zeiten zulässig.

§ 39

Einstellung und Beförderung der Offiziere mit Fachhochschulabschluss

(1) Für die Laufbahn der Offiziere des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr kann in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit auch eingestellt werden, wer

1. ein Studium in einem geotechnischen Fachgebiet an einer Fachhochschule abgeschlossen hat,
2. sich für mindestens drei Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet und
3. eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet hat.

(2) Die Bewerberinnen und Bewerber werden im Dienstgrad Leutnant, nach Vollendung des 26. Lebensjahres als Oberleutnant eingestellt.

(3) Die Laufbahn beginnt mit dem Einstellungsdienstgrad.

(4) Für die Beförderung gilt § 25 Abs. 1 bis 3 entsprechend.

Unterabschnitt 5

Militärfachlicher Dienst

§ 40

Voraussetzungen für die Zulassung

(1) Zur Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten kann zugelassen werden, wer

1. das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt und
2. mindestens den Dienstgrad eines Feldwebels erreicht hat.

(2) Für Verwendungen im Flugsicherungskontrolldienst und im fliegerischen Dienst kann zu dieser Laufbahn zugelassen werden, wer

1. das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. die Bildungsvoraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 1 besitzt,
3. mindestens den Dienstgrad eines Unteroffiziers erreicht hat und
4. einen verwendungsbezogenen Eignungsnachweis erbracht hat.

(3) Nach der Zulassung führen Unteroffiziere den Dienstgrad Fahnenjunker, Feldwebel den Dienstgrad Fähnrich und Hauptfeldwebel den Dienstgrad Oberfähnrich. Stabsunteroffiziere führen im Schriftverkehr bis zur Beförderung zum Fähnrich, Oberfeldwebel bis zur Beförderung zum Oberfähnrich, höhere Dienstgrade bis zur Beförderung zum Offizier ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Offizieranwärterin (OA)“ oder „Offizieranwärter (OA)“.

§ 41

Beförderung der Offizieranwärterinnen und Offizieranwärter

(1) Die Ausbildung zum Offizier dauert mindestens drei Jahre. Auf die Ausbildungszeit kann die vor der Zulassung zur Laufbahn des militärfachlichen Dienstes

liegende Dienstzeit im Dienstgrad eines Feldwebels, Oberfeldwebels, Hauptfeldwebels, Stabsfeldwebels und Oberstabsfeldwebels bis zur Hälfte, höchstens mit 18 Monaten angerechnet werden.

(2) Die Beförderung der Anwärterinnen und Anwärter ist nach folgenden Dienstzeiten seit Zulassung zur Laufbahn des militärfachlichen Dienstes zulässig:

1. zum Fähnrich nach zwölf Monaten,
2. zum Oberfähnrich nach 24 Monaten und
3. zum Leutnant nach 36 Monaten.

Voraussetzung für die Beförderung eines Stabsunteroffiziers zum Fähnrich und eines Oberfeldwebels zum Oberfähnrich ist eine Dienstzeit von mindestens einem Jahr im jeweiligen Dienstgrad. Auf die Ausbildungs- und Beförderungszeit der nach § 40 Abs. 2 zugelassenen Anwärterinnen und Anwärter kann die vor der Zulassung zur Laufbahn des militärfachlichen Dienstes liegende Dienstzeit in der Bundeswehr seit der Beförderung zum Unteroffizier bis zu einem Jahr angerechnet werden.

(3) § 24 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend. Nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung zum Offizier werden Stabsfeldwebel und Oberstabsfeldwebel zu Leutnanten ernannt.

§ 42

Beförderung der Offiziere

(1) Die Beförderung zum Hauptmann ist nach einer Dienstzeit von fünf Jahren, für Offiziere des fliegenden Personals und für Offiziere, die als Kampfschwimmerin oder Kampfschwimmer oder im Kommando Spezialkräfte für besondere Einsätze verwendet werden, nach einer Dienstzeit von vier Jahren und sechs Monaten seit Ernennung zum Leutnant zulässig.

(2) Die Beförderung zum Stabshauptmann ist nach einer Dienstzeit von 15 Jahren, für Offiziere des fliegenden Personals und für Offiziere, die als Kampfschwimmerin oder Kampfschwimmer oder im Kommando Spezialkräfte für besondere Einsätze verwendet werden, nach einer Dienstzeit von 14 Jahren und sechs Monaten seit Ernennung zum Leutnant, davon sechs Jahre, für Offiziere des fliegenden Personals und für Offiziere, die als Kampfschwimmerin oder Kampfschwimmer oder im Kommando Spezialkräfte für besondere Einsätze verwendet werden, fünf Jahre und sechs Monate im Dienstgrad Hauptmann, zulässig.

Abschnitt 2

Sonstige Soldatinnen und Soldaten (§ 1 Nr. 2 bis 7)

§ 43

Beförderung, Zulassung zu einer Laufbahn der Reserve und Berufung in das Dienstverhältnis einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten

(1) Die in § 1 Nr. 2 genannten Soldaten werden nach den Vorschriften über die Beförderung von Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis eines Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit befördert.

(2) Die in § 1 Nr. 2 bis 6 genannten Soldatinnen und Soldaten können als Anwärterinnen oder Anwärter für

die Laufbahn der Offiziere der Reserve des Truppendienstes zugelassen werden, wenn sie mindestens das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzen. Die Anwärterinnen und Anwärter führen im Schriftverkehr ihre Dienstgradbezeichnung mit dem Zusatz „Reserveoffizier-Anwärterin (ROA)“ oder „Reserveoffizier-Anwärter (ROA)“.

(3) Für die Einstellung in die Reserveoffizierlaufbahnen gelten die §§ 26 bis 29, 32 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 37 bis 40 mit Ausnahme der in § 26 Abs. 1 Nr. 1 und in § 29 Abs. 1 festgelegten Lebensaltersbegrenzung, des in § 26 Abs. 3 geforderten Erwerbs des Befähigungszeugnisses im Ausbildungsgang mit Fachhochschulstudium sowie des in § 29 Abs. 1 vorgesehenen Auswahllehrgangs entsprechend. Der jeweilige Einstellungsdienstgrad wird vorläufig verliehen. Er kann nach einem Wehrdienst von mindestens 24 Tagen endgültig verliehen werden.

(4) Die Beförderung der Reserveoffizier-Anwärter, die den vollen Grundwehrdienst oder daran anschließenden freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst leisten, und die Beförderung der Reserveoffizier-Anwärterinnen und Reserveoffizier-Anwärter, die Dienst im Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit leisten, ist nach den Dienstzeiten zulässig, die nach dieser Verordnung für die Beförderung der Offizieranwärterinnen und Offizieranwärter mindestens vorausgesetzt werden. Im Übrigen können sie jeweils nach einem Wehrdienst von mindestens 24 Tagen befördert werden, jedoch erst nach Ablauf einer Zeit, die nach Satz 1 als Dienstzeit vorausgesetzt wird. Vor der Beförderung zum Leutnant haben die Reserveoffizier-Anwärterinnen und Reserveoffizier-Anwärter eine Offizierprüfung mit Erfolg abzulegen. Bei Nichtbestehen können sie einmal zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden. Der Dienstgrad Oberfähnrich braucht nicht durchlaufen zu werden.

(5) Die Reserveoffiziere können erst nach einer Zeit befördert werden, die für Soldatinnen und Soldaten im Dienstverhältnis einer Berufssoldatin, eines Berufssoldaten, einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit als Dienstzeit für die Beförderung nach dieser Verordnung mindestens vorausgesetzt wird. Außerdem ist vor jeder Beförderung ein Wehrdienst von mindestens 24 Tagen zu leisten.

(6) Reserveoffizier-Anwärterinnen und Reserveoffizier-Anwärter können als Offizieranwärterin oder Offizieranwärter übernommen werden, wenn sie die Voraussetzungen des § 23 erfüllen. Auf die Ausbildungszeit kann die Dienstzeit in der Bundeswehr angerechnet werden.

(7) Für die Ernennung eines Reserveoffiziers zum Berufsoffizier gilt § 22 Abs. 3 und 4 entsprechend. Stabsoffiziere der Reserve werden zum Berufsoffizier erst ernannt, wenn sie an einem Stabsoffizierlehrgang mit Erfolg teilgenommen haben, soweit dies in der jeweiligen Laufbahn vorgeschrieben ist.

(8) Zeiten einer dienstlichen Veranstaltung nach § 81 des Soldatengesetzes werden auf den Wehrdienst nach Absatz 3 Satz 3, Absatz 4 Satz 2 und Absatz 5 Satz 2 nicht angerechnet.

Kapitel 5 Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 44

Einstellungs-, Ausbildungs- und Beförderungsrichtlinien

Das Bundesministerium der Verteidigung kann nach den besonderen Erfordernissen in den Laufbahnen, Truppengattungen und Dienstzweigen innerhalb der in dieser Verordnung bestimmten Mindest- und Höchstaltersgrenzen durch Erlass andere Altersgrenzen festsetzen und über die Mindestanforderungen an Vorbildung, Ausbildung, Befähigungsnachweis und Dienstzeit hinausgehen.

§ 45

Ausnahmen

(1) Der Bundespersonalausschuss kann auf Antrag des Bundesministeriums der Verteidigung für einzelne Fälle oder für Gruppen von Fällen Ausnahmen von folgenden Vorschriften dieser Verordnung zulassen:

1. Höchstalter für die Einstellung und Zulassung:

- § 8 Abs. 1 Nr. 1,
- § 11 Abs. 1 Nr. 1,
- § 13 Abs. 2,
- § 15 Abs. 1 Nr. 1,
- § 17 Abs. 3,
- § 23 Abs. 1 Nr. 1,
- § 26 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 Satz 2,
- § 30 Abs. 1 Nr. 1,
- § 34 Abs. 1 Nr. 1,
- § 40 Abs. 2 Nr. 1;

2. Mindestalter für die Zulassung:

- § 29 Abs. 1;

3. Mindestdienstzeiten für die Beförderung:

- § 5 Abs. 4,
- § 12 Satz 2 Halbsatz 2,
- § 16 Abs. 1,
- § 18 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 1,
- § 24 Abs. 1 Satz 2,
- § 25,
- § 28 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2,
- § 29 Abs. 3 Satz 1,
- § 31 Abs. 1 Satz 1,
- § 33,
- § 35 Abs. 1 Satz 1,
- § 36,
- § 37 Abs. 3,
- § 38 Abs. 3,
- § 39 Abs. 4,
- § 41 Abs. 2 Satz 1 und 2,
- § 42;

4. Überspringen von Dienstgraden bei Einstellung oder Beförderung:

- § 4 Abs. 2,
- § 5 Abs. 2;

5. Teilnahme an Laufbahnlehrgängen und Prüfungen:

- § 25 Abs. 2,
- § 28 Abs. 2 Satz 3 und
- § 39 Abs. 4.

(2) Für die in § 1 Nr. 2 bis 6 genannten Soldatinnen und Soldaten trifft das Bundesministerium der Verteidigung die Entscheidung über Ausnahmen nach Absatz 1.

§ 46

Umwandlung des Dienstverhältnisses nach § 45a des Soldatengesetzes

(1) Liegen die nach § 45a des Soldatengesetzes geforderten Voraussetzungen für eine Umwandlung des Dienstverhältnisses einer Berufssoldatin oder eines Berufssoldaten in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit vor, ist diese Vorschrift auch auf Offiziere des militärfachlichen Dienstes anwendbar.

(2) § 40 Abs. 1 bleibt unberührt.

§ 47

Ausnahme für die Einstellung von Sanitätsoffizieren

(1) Bis zum 31. Dezember 2010 kann mit dem Dienstgrad Oberstabsarzt, Oberstabsveterinär oder Oberstabsapotheker eingestellt werden, wer die in § 32 Abs. 1 genannten Voraussetzungen erfüllt und eine Anerkennung als

1. Gebietsärztin oder Gebietsarzt,
2. Fachzahnärztin oder Fachzahnarzt,
3. Fachtierärztin oder Fachtierarzt oder
4. Fachapothekerin oder Fachapotheker mit mindestens sechsjähriger Berufserfahrung nach Erteilung der Approbation als Apothekerin oder Apotheker

nachweist; als Oberstabsveterinär kann auch eingestellt werden, wer die Befähigung für den tierärztlichen Staatsdienst (Amtstierarztexamen) mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung als Amtstierärztin oder Amtstierarzt nachweist.

(2) Bis zum 31. Dezember 2010 kann mit dem Dienstgrad Oberfeldarzt eingestellt werden, wer neben der Anerkennung als Gebietsärztin oder Gebietsarzt über eine abgeschlossene Weiterbildung in einem Schwerpunkt ihres oder seines Fachgebietes oder vergleichbare Zusatzqualifikationen verfügt.

(3) § 32 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 48

Übergangsvorschriften

(1) Die am 1. April 2002 vorhandenen Soldatinnen und Soldaten sind bis zum Ablauf des 31. Dezember 2005, frühere Soldatinnen und Soldaten bei Gelegenheit eines weiteren Wehrdienstes den neuen Laufbahnen zuzuordnen. Soweit im Rahmen dieser Zuordnung Versetzungen aus dem Truppendienst in eine andere Laufbahn oder aus einer anderen Laufbahn in den Truppendienst erforderlich werden, sind diese auch ohne Zustimmung der Soldatin oder des Soldaten zulässig.

(2) Auf Elternzeiten nach § 28 Abs. 7 des Soldatengesetzes und Beurlaubungen nach § 28 Abs. 5 des Soldatengesetzes, die vor dem Inkrafttreten des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsdurchsetzungsgesetzes

zes vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3822) angetreten wurden, ist § 5 Abs. 6 in der bis zum Inkrafttreten des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsdurchsetzungsgesetzes vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3822) geltenden Fassung anzuwenden.

(3) Bis zum 31. Dezember 2010 können Soldatinnen und Soldaten auch ohne ihre Zustimmung aus der

Laufbahn der Feldwebel des Truppendienstes in eine andere Feldwebellaufbahn und aus einer anderen Feldwebellaufbahn in die Laufbahn der Feldwebel des Truppendienstes versetzt werden.

§ 49

(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

**Verordnung
zur Bestimmung der Rentenwerte in der
gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2007
(Rentenwertbestimmungsverordnung 2007 – RWBestV 2007)**

Vom 14. Juni 2007

Auf Grund

- des § 69 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 68, 68a und 255d Abs. 1 sowie den §§ 255e, 255f und 255g des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), von denen die §§ 68a und 255d Abs. 1 durch Artikel 1 Nr. 20 und 68 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) eingefügt, § 255f zuletzt durch Artikel 5 Nr. 11 des Gesetzes vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2742) geändert und § 255g durch Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. August 2005 (BGBl. I S. 2269) eingefügt und zuletzt durch Artikel 1 Nr. 70 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) geändert worden ist sowie die §§ 68, 69 und 255e zuletzt durch Artikel 1 Nr. 19, 21 und 69 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) geändert worden sind, auch in Verbindung mit § 44 Abs. 6 sowie mit § 95 Abs. 1 Satz 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), § 44 Abs. 6 eingefügt durch Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 17. Juli 2001 (BGBl. I S. 1600) und § 95 Abs. 1 Satz 2 zuletzt geändert durch Artikel 4 Nr. 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1791),
- des § 255b Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 255a und 255d Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), von denen die §§ 255a und 255b Abs. 1 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 66 und 67 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) geändert worden sind und § 255d Abs. 2 durch Artikel 1 Nr. 68 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) eingefügt worden ist, auch in Verbindung mit § 95 Abs. 1 Satz 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch in der vorstehend genannten Fassung sowie mit § 1153 Satz 3 der Reichversicherungsordnung in der durch § 215 Abs. 5 Satz 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Fassung, diese jeweils in Verbindung mit § 215 Abs. 5 des Siebten

Buches Sozialgesetzbuch, der zuletzt durch Artikel 5 Nr. 6 des Gesetzes vom 21. März 2001 (BGBl. I S. 403) geändert worden ist, sowie

- des § 26 in Verbindung mit § 23 Abs. 4 und des § 105 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890),

verordnet die Bundesregierung:

§ 1

**Festsetzung des
aktuellen Rentenwerts und
des aktuellen Rentenwerts (Ost)**

- (1) Der aktuelle Rentenwert beträgt vom 1. Juli 2007 an 26,27 Euro.
- (2) Der aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt vom 1. Juli 2007 an 23,09 Euro.

§ 2

**Festsetzung des
allgemeinen Rentenwerts und
des allgemeinen Rentenwerts (Ost)
in der Alterssicherung der Landwirte**

- (1) Der allgemeine Rentenwert in der Alterssicherung der Landwirte beträgt vom 1. Juli 2007 an 12,13 Euro.
- (2) Der allgemeine Rentenwert (Ost) in der Alterssicherung der Landwirte beträgt vom 1. Juli 2007 an 10,66 Euro.

§ 3

**Ausgleichsbedarf und
Ausgleichsbedarf (Ost) zum 30. Juni 2008**

- (1) Der Ausgleichsbedarf beträgt zum 30. Juni 2008 0,9825.
- (2) Der Ausgleichsbedarf (Ost) beträgt zum 30. Juni 2008 0,9870.

§ 4

**Anpassungsfaktor
in der Unfallversicherung**

(1) Der Anpassungsfaktor für die zum 1. Juli 2007 anzupassenden Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne des § 44 Abs. 4 und des § 95 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch beträgt 1,0054.

(2) Die vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen und das Pflegegeld der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne des § 215 Abs. 5 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Juli 2007 eingetreten sind, werden zum 1. Juli 2007 angepasst. Der Anpassungsfaktor beträgt 1,0054.

§ 5

**Pflegegeld
in der Unfallversicherung**

Das Pflegegeld der gesetzlichen Unfallversicherung beträgt vom 1. Juli 2007 an

1. für Versicherungsfälle, für die § 44 Abs. 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden ist, zwischen 297 Euro und 1 186 Euro monatlich,
2. für Versicherungsfälle, für die § 215 Abs. 5 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden ist, zwischen 257 Euro und 1 029 Euro.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 14. Juni 2007

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Franz Müntefering

**Vierzehnte Verordnung
zur Anpassung des Bemessungsbetrages und
von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Vierzehnte KOV-Anpassungsverordnung 2007 – 14. KOV-AnpV 2007)**

Vom 14. Juni 2007

Auf Grund des § 56 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), dessen Absätze 1 und 2 zuletzt durch Artikel 11 Nr. 2 Buchstabe a und b des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1791) geändert worden sind, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 wird die Zahl „141“ durch die Zahl „142“ ersetzt.
2. In § 15 werden in Satz 1 die Zahl „115“ durch die Zahl „116“ und in Satz 2 die Zahl „1,770“ durch die Zahl „1,780“ ersetzt.
3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 30 vom Hundert	von	119 Euro,
um 40 vom Hundert	von	162 Euro,
um 50 vom Hundert	von	219 Euro,
um 60 vom Hundert	von	276 Euro,
um 70 vom Hundert	von	383 Euro,
um 80 vom Hundert	von	463 Euro,
um 90 vom Hundert	von	556 Euro,
bei Erwerbsunfähigkeit	von	624 Euro.

Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 50 und 60 vom Hundert	um	24 Euro,
um 70 und 80 vom Hundert	um	30 Euro,
um 90 vom Hundert und bei Erwerbsunfähigkeit	um	37 Euro.“

- b) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Erwerbsunfähige Beschädigte, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I	71 Euro,
Stufe II	148 Euro,
Stufe III	222 Euro,
Stufe IV	296 Euro,
Stufe V	369 Euro,
Stufe VI	444 Euro.“

4. § 32 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 50 oder 60 vom Hundert	383 Euro,
um 70 oder 80 vom Hundert	463 Euro,
um 90 vom Hundert	556 Euro,
bei Erwerbsunfähigkeit	624 Euro.“

5. In § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a wird die Zahl „25 723“ durch die Zahl „25 975“ ersetzt.

6. In § 35 werden in Absatz 1 Satz 1 die Zahl „262“ durch die Zahl „263“ und in Satz 4 die Zahlen „448, 635, 816, 1 060 oder 1 304“ durch die Zahlen „450, 638, 820, 1 066 oder 1 311“ ersetzt.

7. In § 36 werden in Absatz 1 Satz 2 die Zahl „1 498“ durch die Zahl „1 506“ und die Zahl „751“ durch die Zahl „755“ sowie in Absatz 3 die Zahl „1 498“ durch die Zahl „1 506“ ersetzt.

8. In § 40 wird die Zahl „372“ durch die Zahl „374“ ersetzt.

9. In § 41 Abs. 2 wird die Zahl „412“ durch die Zahl „414“ ersetzt.

10. In § 46 werden die Zahl „105“ durch die Zahl „106“ und die Zahl „196“ durch die Zahl „197“ ersetzt.

11. In § 47 Abs. 1 werden die Zahl „184“ durch die Zahl „185“ und die Zahl „256“ durch die Zahl „257“ ersetzt.

12. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Zahl „504“ durch die Zahl „507“ und die Zahl „351“ durch die Zahl „353“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Zahl „92“ durch die Zahl „93“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Zahl „285“ durch die Zahl „287“ und die Zahl „207“ durch die Zahl „208“ ersetzt.
13. In § 53 Satz 2 werden die Zahl „1 498“ durch die Zahl „1 506“ und die Zahl „751“ durch die Zahl „755“ ersetzt.

Artikel 2**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 14. Juni 2007

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Franz Müntefering

Vierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Vom 14. Juni 2007

Auf Grund des § 33 Abs. 6 auch in Verbindung mit § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), von denen § 33 Abs. 6 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 17 und § 41 Abs. 3 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe b des Gesetzes vom 11. April 2002 (BGBl. I S. 1302) sowie § 51 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, jeweils in Verbindung mit § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 22. November 2005 (BGBl. I S. 3197) sowie unter Berücksichtigung der Vierzehnten KOV-Anpassungsverordnung 2007 vom 14. Juni 2007 (BGBl. I S. 1115) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebietes zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2007 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht An-

spruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 8,875 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 5,65 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.
je Stufe ein Betrag in Höhe von 3,12 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.
2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Neununddreißigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz vom 23. Juni 2005 (BGBl. I S. 1728) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 14. Juni 2007

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Franz Müntefering

Anlage
(zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit ab 1. Juli 2007

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternanteile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
301	113	0	0	624	556	463	383	257	185	0	0	414	507	353
309	118	0	0	624	556	463	383	257	185	1	3	411	504	350
318	124	0	0	624	556	463	383	257	185	2	6	408	501	347
327	129	0	0	624	556	463	383	257	185	3	9	405	498	344
336	135	0	0	624	556	463	383	257	185	4	12	402	495	341
345	141	0	0	624	556	463	383	257	185	5	15	399	492	338
354	146	0	0	624	556	463	383	257	185	6	18	396	489	335
363	152	0	0	624	556	463	383	257	185	7	21	393	486	332
372	158	0	0	624	556	463	383	257	185	8	24	390	483	329
380	163	0	0	624	556	463	383	257	185	9	28	386	479	325
390	169	0	0	624	556	463	383	257	185	10	31	383	476	322
398	174	1	3	621	553	460	380	254	182	11	34	380	473	319
407	180	2	6	618	550	457	377	251	179	12	37	377	470	316
416	185	3	9	615	547	454	374	248	176	13	40	374	467	313
425	191	4	12	612	544	451	371	245	173	14	43	371	464	310
434	197	5	15	609	541	448	368	242	170	15	46	368	461	307
443	202	6	18	606	538	445	365	239	167	16	49	365	458	304
452	208	7	21	603	535	442	362	236	164	17	52	362	455	301
461	214	8	24	600	532	439	359	233	161	18	55	359	452	298
469	219	9	28	596	528	435	355	229	157	19	59	355	448	294
478	225	10	31	593	525	432	352	226	154	20	62	352	445	291
487	231	11	34	590	522	429	349	223	151	21	65	349	442	288
496	236	12	37	587	519	426	346	220	148	22	68	346	439	285
505	242	13	40	584	516	423	343	217	145	23	71	343	436	282
514	248	14	43	581	513	420	340	214	142	24	74	340	433	279
523	253	15	46	578	510	417	337	211	139	25	77	337	430	276
532	259	16	49	575	507	414	334	208	136	26	80	334	427	273
540	265	17	53	571	503	410	330	204	132	27	84	330	423	269
549	270	18	56	568	500	407	327	201	129	28	87	327	420	266
558	276	19	59	565	497	404	324	198	126	29	90	324	417	263
567	282	20	62	562	494	401	321	195	123	30	93	321	414	260
576	287	21	65	559	491	398	318	192	120	31	96	318	411	257

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
585	293	22	68	556	488	395	315	189	117	32	99	315	408	254
594	298	23	71	553	485	392	312	186	114	33	102	312	405	251
603	304	24	74	550	482	389	309	183	111	34	105	309	402	248
611	310	25	78	546	478	385	305	179	107	35	109	305	398	244
620	315	26	81	543	475	382	302	176	104	36	112	302	395	241
629	321	27	84	540	472	379	299	173	101	37	115	299	392	238
638	327	28	87	537	469	376	296	170	98	38	118	296	389	235
647	332	29	90	534	466	373	293	167	95	39	121	293	386	232
656	338	30	93	531	463	370	290	164	92	40	124	290	383	229
665	344	31	96	528	460	367	287	161	89	41	127	287	380	226
674	349	32	99	525	457	364	284	158	86	42	130	284	377	223
682	355	33	102	522	454	361	281	155	83	43	133	281	374	220
691	361	34	106	518	450	357	277	151	79	44	137	277	370	216
700	366	35	109	515	447	354	274	148	76	45	140	274	367	213
709	372	36	112	512	444	351	271	145	73	46	143	271	364	210
718	378	37	115	509	441	348	268	142	70	47	146	268	361	207
727	383	38	118	506	438	345	265	139	67	48	149	265	358	204
736	389	39	121	503	435	342	262	136	64	49	152	262	355	201
745	395	40	124	500	432	339	259	133	61	50	155	259	352	198
753	400	41	127	497	429	336	256	130	58	51	158	256	349	195
762	406	42	131	493	425	332	252	126	54	52	162	252	345	191
771	411	43	134	490	422	329	249	123	51	53	165	249	342	188
780	417	44	137	487	419	326	246	120	48	54	168	246	339	185
789	423	45	140	484	416	323	243	117	45	55	171	243	336	182
798	428	46	143	481	413	320	240	114	42	56	174	240	333	179
807	434	47	146	478	410	317	237	111	39	57	177	237	330	176
816	440	48	149	475	407	314	234	108	36	58	180	234	327	173
824	445	49	152	472	404	311	231	105	33	59	183	231	324	170
833	451	50	156	468	400	307	227	101	29	60	187	227	320	166
842	457	51	159	465	397	304	224	98	26	61	190	224	317	163
851	462	52	162	462	394	301	221	95	23	62	193	221	314	160
860	468	53	165	459	391	298	218	92	20	63	196	218	311	157
869	474	54	168	456	388	295	215	89	17	64	199	215	308	154
878	479	55	171	453	385	292	212	86	14	65	202	212	305	151
887	485	56	174	450	382	289	209	83	11	66	205	209	302	148
895	491	57	177	447	379	286	206	80	8	67	208	206	299	145
904	496	58	180	444	376	283	203	77	5	68	211	203	296	142

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Aus- gleichs- renten Witwen Euro	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen Euro	Halb- waisen Euro				Eltern- paare Euro	Eltern- teile Euro
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H. Euro	90 v.H. Euro	80 oder 70 v.H. Euro	60 oder 50 v.H. Euro							
913	502	59	184	440	372	279	199	73	1	69	215	199	292	138
922	508	60	187	437	369	276	196	70	0	70	218	196	289	135
931	513	61	190	434	366	273	193	67	0	71	221	193	286	132
940	519	62	193	431	363	270	190	64	0	72	224	190	283	129
949	524	63	196	428	360	267	187	61	0	73	227	187	280	126
958	530	64	199	425	357	264	184	58	0	74	230	184	277	123
966	536	65	202	422	354	261	181	55	0	75	233	181	274	120
975	541	66	205	419	351	258	178	52	0	76	236	178	271	117
984	547	67	209	415	347	254	174	48	0	77	240	174	267	113
993	553	68	212	412	344	251	171	45	0	78	243	171	264	110
1 002	558	69	215	409	341	248	168	42	0	79	246	168	261	107
1 011	564	70	218	406	338	245	165	39	0	80	249	165	258	104
1 020	570	71	221	403	335	242	162	36	0	81	252	162	255	101
1 029	575	72	224	400	332	239	159	33	0	82	255	159	252	98
1 037	581	73	227	397	329	236	156	30	0	83	258	156	249	95
1 046	587	74	230	394	326	233	153	27	0	84	261	153	246	92
1 055	592	75	234	390	322	229	149	23	0	85	265	149	242	88
1 064	598	76	237	387	319	226	146	20	0	86	268	146	239	85
1 073	604	77	240	384	316	223	143	17	0	87	271	143	236	82
1 082	609	78	243	381	313	220	140	14	0	88	274	140	233	79
1 091	615	79	246	378	310	217	137	11	0	89	277	137	230	76
1 100	621	80	249	375	307	214	134	8	0	90	280	134	227	73
1 108	626	81	252	372	304	211	131	5	0	91	283	131	224	70
1 117	632	82	255	369	301	208	128	2	0	92	286	128	221	67
1 126	637	83	258	366	298	205	125	0	0	93	289	125	218	64
1 135	643	84	262	362	294	201	121	0	0	94	293	121	214	60
1 144	649	85	265	359	291	198	118	0	0	95	296	118	211	57
1 153	654	86	268	356	288	195	115	0	0	96	299	115	208	54
1 162	660	87	271	353	285	192	112	0	0	97	302	112	205	51
1 171	666	88	274	350	282	189	109	0	0	98	305	109	202	48
1 179	671	89	277	347	279	186	106	0	0	99	308	106	199	45
1 188	677	90	280	344	276	183	103	0	0	100	311	103	196	42
1 197	683	91	283	341	273	180	100	0	0	101	314	100	193	39
1 206	688	92	287	337	269	176	96	0	0	102	318	96	189	35
1 215	694	93	290	334	266	173	93	0	0	103	321	93	186	32
1 224	700	94	293	331	263	170	90	0	0	104	324	90	183	29
1 233	705	95	296	328	260	167	87	0	0	105	327	87	180	26

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.							
1 242	711	96	299	325	257	164	84	0	0	106	330	84	177	23
1 250	717	97	302	322	254	161	81	0	0	107	333	81	174	20
1 259	722	98	305	319	251	158	78	0	0	108	336	78	171	17
1 268	728	99	308	316	248	155	75	0	0	109	339	75	168	14
1 277	734	100	312	312	244	151	71	0	0	110	343	71	164	10
1 286	739	101	315	309	241	148	68	0	0	111	346	68	161	7
1 295	745	102	318	306	238	145	65	0	0	112	349	65	158	4
1 304	750	103	321	303	235	142	62	0	0	113	352	62	155	1
1 313	756	104	324	300	232	139	59	0	0	114	355	59	152	0
1 321	762	105	327	297	229	136	56	0	0	115	358	56	149	0
1 330	767	106	330	294	226	133	53	0	0	116	361	53	146	0
1 339	773	107	333	291	223	130	50	0	0	117	364	50	143	0
1 348	779	108	336	288	220	127	47	0	0	118	367	47	140	0
1 357	784	109	340	284	216	123	43	0	0	119	371	43	136	0
1 366	790	110	343	281	213	120	40	0	0	120	374	40	133	0
1 375	796	111	346	278	210	117	37	0	0	121	377	37	130	0
1 384	801	112	349	275	207	114	34	0	0	122	380	34	127	0
1 392	807	113	352	272	204	111	31	0	0	123	383	31	124	0
1 401	813	114	355	269	201	108	28	0	0	124	386	28	121	0
1 410	818	115	358	266	198	105	25	0	0	125	389	25	118	0
1 419	824	116	361	263	195	102	22	0	0	126	392	22	115	0
1 428	830	117	365	259	191	98	18	0	0	127	396	18	111	0
1 437	835	118	368	256	188	95	15	0	0	128	399	15	108	0
1 446	841	119	371	253	185	92	12	0	0	129	402	12	105	0
1 455	847	120	374	250	182	89	9	0	0	130	405	9	102	0
1 463	852	121	377	247	179	86	6	0	0	131	408	6	99	0
1 472	858	122	380	244	176	83	3	0	0	132	411	3	96	0
1 481	863	123	383	241	173	80	0	0	0	133	414	0	93	0
1 490	869	124	386	238	170	77	0	0	0	134	417	0	90	0
1 499	875	125	390	234	166	73	0	0	0	135	421	0	86	0
1 508	880	126	393	231	163	70	0	0	0	136	424	0	83	0
1 517	886	127	396	228	160	67	0	0	0	137	427	0	80	0
1 526	892	128	399	225	157	64	0	0	0	138	430	0	77	0
1 534	897	129	402	222	154	61	0	0	0	139	433	0	74	0
1 543	903	130	405	219	151	58	0	0	0	140	436	0	71	0
1 552	909	131	408	216	148	55	0	0	0	141	439	0	68	0
1 561	914	132	411	213	145	52	0	0	0	142	442	0	65	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Aus- gleichs- renten Witwen Euro	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen Euro	Halb- waisen Euro				Eltern- paare Euro	Eltern- teile Euro
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H. Euro	90 v.H. Euro	80 oder 70 v.H. Euro	60 oder 50 v.H. Euro							
1 570	920	133	414	210	142	49	0	0	0	143	445	0	62	0
1 579	926	134	418	206	138	45	0	0	0	144	449	0	58	0
1 588	931	135	421	203	135	42	0	0	0	145	452	0	55	0
1 597	937	136	424	200	132	39	0	0	0	146	455	0	52	0
1 605	943	137	427	197	129	36	0	0	0	147	458	0	49	0
1 614	948	138	430	194	126	33	0	0	0	148	461	0	46	0
1 623	954	139	433	191	123	30	0	0	0	149	464	0	43	0
1 632	960	140	436	188	120	27	0	0	0	150	467	0	40	0
1 641	965	141	439	185	117	24	0	0	0	151	470	0	37	0
1 650	971	142	443	181	113	20	0	0	0	152	474	0	33	0
1 659	976	143	446	178	110	17	0	0	0	153	477	0	30	0
1 668	982	144	449	175	107	14	0	0	0	154	480	0	27	0
1 676	988	145	452	172	104	11	0	0	0	155	483	0	24	0
1 685	993	146	455	169	101	8	0	0	0	156	486	0	21	0
1 694	999	147	458	166	98	5	0	0	0	157	489	0	18	0
1 703	1 005	148	461	163	95	2	0	0	0	158	492	0	15	0
1 712	1 010	149	464	160	92	0	0	0	0	159	495	0	12	0
1 721	1 016	150	468	156	88	0	0	0	0	160	499	0	8	0
1 730	1 022	151	471	153	85	0	0	0	0	161	502	0	5	0
1 739	1 027	152	474	150	82	0	0	0	0	162	505	0	2	0
1 747	1 033	153	477	147	79	0	0	0	0	163	508	0	0	0
1 756	1 039	154	480	144	76	0	0	0	0	164	511	0	0	0
1 765	1 044	155	483	141	73	0	0	0	0	165	514	0	0	0
1 774	1 050	156	486	138	70	0	0	0	0	166	517	0	0	0
1 783	1 056	157	489	135	67	0	0	0	0	167	520	0	0	0
1 792	1 061	158	492	132	64	0	0	0	0	168	523	0	0	0
1 801	1 067	159	496	128	60	0	0	0	0	169	527	0	0	0
1 810	1 073	160	499	125	57	0	0	0	0	170	530	0	0	0
1 818	1 078	161	502	122	54	0	0	0	0	171	533	0	0	0
1 827	1 084	162	505	119	51	0	0	0	0	172	536	0	0	0
1 836	1 089	163	508	116	48	0	0	0	0	173	539	0	0	0
1 845	1 095	164	511	113	45	0	0	0	0	174	542	0	0	0
1 854	1 101	165	514	110	42	0	0	0	0	175	545	0	0	0
1 863	1 106	166	517	107	39	0	0	0	0	176	548	0	0	0
1 872	1 112	167	521	103	35	0	0	0	0	177	552	0	0	0
1 881	1 118	168	524	100	32	0	0	0	0	178	555	0	0	0
1 889	1 123	169	527	97	29	0	0	0	0	179	558	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.							
1 898	1 129	170	530	94	26	0	0	0	0	180	561	0	0	0
1 907	1 135	171	533	91	23	0	0	0	0	181	564	0	0	0
1 916	1 140	172	536	88	20	0	0	0	0	182	567	0	0	0
1 925	1 146	173	539	85	17	0	0	0	0	183	570	0	0	0
1 934	1 152	174	542	82	14	0	0	0	0	184	573	0	0	0
1 943	1 157	175	546	78	10	0	0	0	0	185	577	0	0	0
1 952	1 163	176	549	75	7	0	0	0	0	186	580	0	0	0
1 960	1 169	177	552	72	4	0	0	0	0	187	583	0	0	0
1 969	1 174	178	555	69	1	0	0	0	0	188	586	0	0	0
1 978	1 180	179	558	66	0	0	0	0	0	189	589	0	0	0
1 987	1 186	180	561	63	0	0	0	0	0	190	592	0	0	0
1 996	1 191	181	564	60	0	0	0	0	0	191	595	0	0	0
2 005	1 197	182	567	57	0	0	0	0	0	192	598	0	0	0
2 014	1 202	183	570	54	0	0	0	0	0	193	601	0	0	0
2 023	1 208	184	574	50	0	0	0	0	0	194	605	0	0	0
2 031	1 214	185	577	47	0	0	0	0	0	195	608	0	0	0
2 040	1 219	186	580	44	0	0	0	0	0	196	611	0	0	0
2 049	1 225	187	583	41	0	0	0	0	0	197	614	0	0	0
2 058	1 231	188	586	38	0	0	0	0	0	198	617	0	0	0
2 067	1 236	189	589	35	0	0	0	0	0	199	620	0	0	0
2 076	1 242	190	592	32	0	0	0	0	0	200	623	0	0	0
2 085	1 248	191	595	29	0	0	0	0	0	201	626	0	0	0
2 094	1 253	192	599	25	0	0	0	0	0	202	630	0	0	0
2 102	1 259	193	602	22	0	0	0	0	0	203	633	0	0	0
2 111	1 265	194	605	19	0	0	0	0	0	204	636	0	0	0
2 120	1 270	195	608	16	0	0	0	0	0	205	639	0	0	0
2 129	1 276	196	611	13	0	0	0	0	0	206	642	0	0	0
2 138	1 282	197	614	10	0	0	0	0	0	207	645	0	0	0
2 147	1 287	198	617	7	0	0	0	0	0	208	648	0	0	0
2 156	1 293	199	620	4	0	0	0	0	0	209	651	0	0	0
2 165	1 299	200	624	0	0	0	0	0	0	210	655	0	0	0
2 173	1 304	201	627	0	0	0	0	0	0	211	658	0	0	0
2 182	1 310	202	630	0	0	0	0	0	0	212	661	0	0	0
2 191	1 315	203	633	0	0	0	0	0	0	213	664	0	0	0
2 200	1 321	204	636	0	0	0	0	0	0	214	667	0	0	0
2 209	1 327	205	639	0	0	0	0	0	0	215	670	0	0	0
2 218	1 332	206	642	0	0	0	0	0	0	216	673	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Aus- gleichs- renten Witwen Euro	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen Euro	Halb- waisen Euro				Eltern- paare Euro	Eltern- teile Euro
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H. Euro	90 v.H. Euro	80 oder 70 v.H. Euro	60 oder 50 v.H. Euro							
2 227	1 338	207	645	0	0	0	0	0	0	217	676	0	0	0
2 236	1 344	208	648	0	0	0	0	0	0	218	679	0	0	0
2 244	1 349	209	652	0	0	0	0	0	0	219	683	0	0	0
2 253	1 355	210	655	0	0	0	0	0	0	220	686	0	0	0
2 262	1 361	211	658	0	0	0	0	0	0	221	689	0	0	0
2 271	1 366	212	661	0	0	0	0	0	0	222	692	0	0	0
2 280	1 372	213	664	0	0	0	0	0	0	223	695	0	0	0
2 289	1 378	214	667	0	0	0	0	0	0	224	698	0	0	0
2 298	1 383	215	670	0	0	0	0	0	0	225	701	0	0	0
2 307	1 389	216	673	0	0	0	0	0	0	226	704	0	0	0
2 315	1 395	217	677	0	0	0	0	0	0	227	708	0	0	0
2 324	1 400	218	680	0	0	0	0	0	0	228	711	0	0	0
2 333	1 406	219	683	0	0	0	0	0	0	229	714	0	0	0
2 342	1 412	220	686	0	0	0	0	0	0	230	717	0	0	0
2 351	1 417	221	689	0	0	0	0	0	0	231	720	0	0	0
2 360	1 423	222	692	0	0	0	0	0	0	232	723	0	0	0
2 369	1 428	223	695	0	0	0	0	0	0	233	726	0	0	0
2 378	1 434	224	698	0	0	0	0	0	0	234	729	0	0	0
2 386	1 440	225	702	0	0	0	0	0	0	235	733	0	0	0
2 395	1 445	226	705	0	0	0	0	0	0	236	736	0	0	0
2 404	1 451	227	708	0	0	0	0	0	0	237	739	0	0	0
2 413	1 457	228	711	0	0	0	0	0	0	238	742	0	0	0
2 422	1 462	229	714	0	0	0	0	0	0	239	745	0	0	0
2 431	1 468	230	717	0	0	0	0	0	0	240	748	0	0	0
2 440	1 474	231	720	0	0	0	0	0	0	241	751	0	0	0
2 449	1 479	232	723	0	0	0	0	0	0	242	754	0	0	0
2 457	1 485	233	726	0	0	0	0	0	0	243	757	0	0	0
2 466	1 491	234	730	0	0	0	0	0	0	244	761	0	0	0
2 475	1 496	235	733	0	0	0	0	0	0	245	764	0	0	0
2 484	1 502	236	736	0	0	0	0	0	0	246	767	0	0	0
2 493	1 508	237	739	0	0	0	0	0	0	247	770	0	0	0
2 502	1 513	238	742	0	0	0	0	0	0	248	773	0	0	0
2 511	1 519	239	745	0	0	0	0	0	0	249	776	0	0	0
2 520	1 525	240	748	0	0	0	0	0	0	250	779	0	0	0
2 528	1 530	241	751	0	0	0	0	0	0	251	782	0	0	0
2 537	1 536	242	755	0	0	0	0	0	0	252	786	0	0	0
2 546	1 541	243	758	0	0	0	0	0	0	253	789	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
2 555	1 547	244	761	0	0	0	0	0	0	254	792	0	0	0
2 564	1 553	245	764	0	0	0	0	0	0	255	795	0	0	0
2 573	1 558	246	767	0	0	0	0	0	0	256	798	0	0	0
2 582	1 564	247	770	0	0	0	0	0	0	257	801	0	0	0
2 591	1 570	248	773	0	0	0	0	0	0	258	804	0	0	0
2 599	1 575	249	776	0	0	0	0	0	0	259	807	0	0	0
2 608	1 581	250	780	0	0	0	0	0	0	260	811	0	0	0

**Einundzwanzigste Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet**

Vom 14. Juni 2007

Auf Grund des § 33 Abs. 6 auch in Verbindung mit § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), von denen § 33 Abs. 6 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 17 und § 41 Abs. 3 zuletzt durch Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe b des Gesetzes vom 11. April 2002 (BGBl. I S. 1302) sowie § 51 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, jeweils in Verbindung mit § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 22. November 2005 (BGBl. I S. 3197) und unter Berücksichtigung der Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet K Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1067) sowie unter Berücksichtigung der Vierzehnten KOV-Anpassungsverordnung 2007 vom 14. Juni 2007 (BGBl. I S. 1115) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2007 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich für den Personenkreis in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente,

ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 7,82 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 4,98 Euro je Stufe

hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6

2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 2,75 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Zwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 23. Juni 2005 (BGBl. I S. 1735) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 14. Juni 2007

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Franz Müntefering

Anlage
(zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
in den neuen Ländern für die Zeit ab 1. Juli 2007

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
266	100	0	0	550	490	408	338	227	163	0	0	365	447	311
273	104	0	0	550	490	408	338	227	163	1	2	363	445	309
281	109	0	0	550	490	408	338	227	163	2	5	360	442	306
289	114	0	0	550	490	408	338	227	163	3	8	357	439	303
297	119	0	0	550	490	408	338	227	163	4	11	354	436	300
305	124	0	0	550	490	408	338	227	163	5	13	352	434	298
312	129	0	0	550	490	408	338	227	163	6	16	349	431	295
320	134	0	0	550	490	408	338	227	163	7	19	346	428	292
328	139	0	0	550	490	408	338	227	163	8	22	343	425	289
336	144	0	0	550	490	408	338	227	163	9	24	341	423	287
344	149	0	0	550	490	408	338	227	163	10	27	338	420	284
351	153	1	2	548	488	406	336	225	161	11	29	336	418	282
359	158	2	5	545	485	403	333	222	158	12	32	333	415	279
367	163	3	8	542	482	400	330	219	155	13	35	330	412	276
375	168	4	11	539	479	397	327	216	152	14	38	327	409	273
383	173	5	13	537	477	395	325	214	150	15	40	325	407	271
390	178	6	16	534	474	392	322	211	147	16	43	322	404	268
398	183	7	19	531	471	389	319	208	144	17	46	319	401	265
406	188	8	22	528	468	386	316	205	141	18	49	316	398	262
414	193	9	24	526	466	384	314	203	139	19	51	314	396	260
422	198	10	27	523	463	381	311	200	136	20	54	311	393	257
430	203	11	30	520	460	378	308	197	133	21	57	308	390	254
437	208	12	33	517	457	375	305	194	130	22	60	305	387	251
445	213	13	35	515	455	373	303	192	128	23	62	303	385	249
453	218	14	38	512	452	370	300	189	125	24	65	300	382	246
461	223	15	41	509	449	367	297	186	122	25	68	297	379	243
469	228	16	44	506	446	364	294	183	119	26	71	294	376	240
476	233	17	46	504	444	362	292	181	117	27	73	292	374	238
484	238	18	49	501	441	359	289	178	114	28	76	289	371	235
492	243	19	52	498	438	356	286	175	111	29	79	286	368	232
500	248	20	55	495	435	353	283	172	108	30	82	283	365	229
508	253	21	57	493	433	351	281	170	106	31	84	281	363	227
516	258	22	60	490	430	348	278	167	103	32	87	278	360	224

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.							
523	263	23	63	487	427	345	275	164	100	33	90	275	357	221
531	268	24	66	484	424	342	272	161	97	34	93	272	354	218
539	273	25	68	482	422	340	270	159	95	35	95	270	352	216
547	278	26	71	479	419	337	267	156	92	36	98	267	349	213
555	283	27	74	476	416	334	264	153	89	37	101	264	346	210
562	288	28	77	473	413	331	261	150	86	38	104	261	343	207
570	293	29	79	471	411	329	259	148	84	39	106	259	341	205
578	298	30	82	468	408	326	256	145	81	40	109	256	338	202
586	303	31	85	465	405	323	253	142	78	41	112	253	335	199
594	308	32	88	462	402	320	250	139	75	42	115	250	332	196
602	313	33	90	460	400	318	248	137	73	43	117	248	330	194
609	318	34	93	457	397	315	245	134	70	44	120	245	327	191
617	323	35	96	454	394	312	242	131	67	45	123	242	324	188
625	328	36	99	451	391	309	239	128	64	46	126	239	321	185
633	333	37	101	449	389	307	237	126	62	47	128	237	319	183
641	338	38	104	446	386	304	234	123	59	48	131	234	316	180
648	343	39	107	443	383	301	231	120	56	49	134	231	313	177
656	348	40	110	440	380	298	228	117	53	50	137	228	310	174
664	353	41	112	438	378	296	226	115	51	51	139	226	308	172
672	358	42	115	435	375	293	223	112	48	52	142	223	305	169
680	363	43	118	432	372	290	220	109	45	53	145	220	302	166
688	368	44	121	429	369	287	217	106	42	54	148	217	299	163
695	373	45	123	427	367	285	215	104	40	55	150	215	297	161
703	378	46	126	424	364	282	212	101	37	56	153	212	294	158
711	383	47	129	421	361	279	209	98	34	57	156	209	291	155
719	388	48	132	418	358	276	206	95	31	58	159	206	288	152
727	393	49	134	416	356	274	204	93	29	59	161	204	286	150
735	398	50	137	413	353	271	201	90	26	60	164	201	283	147
742	402	51	140	410	350	268	198	87	23	61	167	198	280	144
750	407	52	143	407	347	265	195	84	20	62	170	195	277	141
758	412	53	145	405	345	263	193	82	18	63	172	193	275	139
766	417	54	148	402	342	260	190	79	15	64	175	190	272	136
774	422	55	151	399	339	257	187	76	12	65	178	187	269	133
781	427	56	154	396	336	254	184	73	9	66	181	184	266	130
789	432	57	156	394	334	252	182	71	7	67	183	182	264	128
797	437	58	159	391	331	249	179	68	4	68	186	179	261	125
805	442	59	162	388	328	246	176	65	1	69	189	176	258	122

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Aus- gleichs- renten Witwen Euro	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen Euro	Halb- waisen Euro				Eltern- paare Euro	Eltern- teile Euro
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H. Euro	90 v.H. Euro	80 oder 70 v.H. Euro	60 oder 50 v.H. Euro							
813	447	60	165	385	325	243	173	62	0	70	192	173	255	119
821	452	61	167	383	323	241	171	60	0	71	194	171	253	117
828	457	62	170	380	320	238	168	57	0	72	197	168	250	114
836	462	63	173	377	317	235	165	54	0	73	200	165	247	111
844	467	64	176	374	314	232	162	51	0	74	203	162	244	108
852	472	65	178	372	312	230	160	49	0	75	205	160	242	106
860	477	66	181	369	309	227	157	46	0	76	208	157	239	103
867	482	67	184	366	306	224	154	43	0	77	211	154	236	100
875	487	68	187	363	303	221	151	40	0	78	214	151	233	97
883	492	69	189	361	301	219	149	38	0	79	216	149	231	95
891	497	70	192	358	298	216	146	35	0	80	219	146	228	92
899	502	71	195	355	295	213	143	32	0	81	222	143	225	89
907	507	72	198	352	292	210	140	29	0	82	225	140	222	86
914	512	73	200	350	290	208	138	27	0	83	227	138	220	84
922	517	74	203	347	287	205	135	24	0	84	230	135	217	81
930	522	75	206	344	284	202	132	21	0	85	233	132	214	78
938	527	76	209	341	281	199	129	18	0	86	236	129	211	75
946	532	77	211	339	279	197	127	16	0	87	238	127	209	73
953	537	78	214	336	276	194	124	13	0	88	241	124	206	70
961	542	79	217	333	273	191	121	10	0	89	244	121	203	67
969	547	80	220	330	270	188	118	7	0	90	247	118	200	64
977	552	81	222	328	268	186	116	5	0	91	249	116	198	62
985	557	82	225	325	265	183	113	2	0	92	252	113	195	59
993	562	83	228	322	262	180	110	0	0	93	255	110	192	56
1 000	567	84	231	319	259	177	107	0	0	94	258	107	189	53
1 008	572	85	233	317	257	175	105	0	0	95	260	105	187	51
1 016	577	86	236	314	254	172	102	0	0	96	263	102	184	48
1 024	582	87	239	311	251	169	99	0	0	97	266	99	181	45
1 032	587	88	242	308	248	166	96	0	0	98	269	96	178	42
1 039	592	89	244	306	246	164	94	0	0	99	271	94	176	40
1 047	597	90	247	303	243	161	91	0	0	100	274	91	173	37
1 055	602	91	250	300	240	158	88	0	0	101	277	88	170	34
1 063	607	92	253	297	237	155	85	0	0	102	280	85	167	31
1 071	612	93	255	295	235	153	83	0	0	103	282	83	165	29
1 079	617	94	258	292	232	150	80	0	0	104	285	80	162	26
1 086	622	95	261	289	229	147	77	0	0	105	288	77	159	23
1 094	627	96	264	286	226	144	74	0	0	106	291	74	156	20

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.							
1 102	632	97	266	284	224	142	72	0	0	107	293	72	154	18
1 110	637	98	269	281	221	139	69	0	0	108	296	69	151	15
1 118	642	99	272	278	218	136	66	0	0	109	299	66	148	12
1 126	647	100	275	275	215	133	63	0	0	110	302	63	145	9
1 133	651	101	277	273	213	131	61	0	0	111	304	61	143	7
1 141	656	102	280	270	210	128	58	0	0	112	307	58	140	4
1 149	661	103	283	267	207	125	55	0	0	113	310	55	137	1
1 157	666	104	286	264	204	122	52	0	0	114	313	52	134	0
1 165	671	105	288	262	202	120	50	0	0	115	315	50	132	0
1 172	676	106	291	259	199	117	47	0	0	116	318	47	129	0
1 180	681	107	294	256	196	114	44	0	0	117	321	44	126	0
1 188	686	108	297	253	193	111	41	0	0	118	324	41	123	0
1 196	691	109	299	251	191	109	39	0	0	119	326	39	121	0
1 204	696	110	302	248	188	106	36	0	0	120	329	36	118	0
1 212	701	111	305	245	185	103	33	0	0	121	332	33	115	0
1 219	706	112	308	242	182	100	30	0	0	122	335	30	112	0
1 227	711	113	310	240	180	98	28	0	0	123	337	28	110	0
1 235	716	114	313	237	177	95	25	0	0	124	340	25	107	0
1 243	721	115	316	234	174	92	22	0	0	125	343	22	104	0
1 251	726	116	319	231	171	89	19	0	0	126	346	19	101	0
1 258	731	117	321	229	169	87	17	0	0	127	348	17	99	0
1 266	736	118	324	226	166	84	14	0	0	128	351	14	96	0
1 274	741	119	327	223	163	81	11	0	0	129	354	11	93	0
1 282	746	120	330	220	160	78	8	0	0	130	357	8	90	0
1 290	751	121	332	218	158	76	6	0	0	131	359	6	88	0
1 298	756	122	335	215	155	73	3	0	0	132	362	3	85	0
1 305	761	123	338	212	152	70	0	0	0	133	365	0	82	0
1 313	766	124	341	209	149	67	0	0	0	134	368	0	79	0
1 321	771	125	343	207	147	65	0	0	0	135	370	0	77	0
1 329	776	126	346	204	144	62	0	0	0	136	373	0	74	0
1 337	781	127	349	201	141	59	0	0	0	137	376	0	71	0
1 344	786	128	352	198	138	56	0	0	0	138	379	0	68	0
1 352	791	129	354	196	136	54	0	0	0	139	381	0	66	0
1 360	796	130	357	193	133	51	0	0	0	140	384	0	63	0
1 368	801	131	360	190	130	48	0	0	0	141	387	0	60	0
1 376	806	132	363	187	127	45	0	0	0	142	390	0	57	0
1 384	811	133	365	185	125	43	0	0	0	143	392	0	55	0

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternanteile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
1 391	816	134	368	182	122	40	0	0	0	144	395	0	52	0
1 399	821	135	371	179	119	37	0	0	0	145	398	0	49	0
1 407	826	136	374	176	116	34	0	0	0	146	401	0	46	0
1 415	831	137	376	174	114	32	0	0	0	147	403	0	44	0
1 423	836	138	379	171	111	29	0	0	0	148	406	0	41	0
1 430	841	139	382	168	108	26	0	0	0	149	409	0	38	0
1 438	846	140	385	165	105	23	0	0	0	150	412	0	35	0
1 446	851	141	387	163	103	21	0	0	0	151	414	0	33	0
1 454	856	142	390	160	100	18	0	0	0	152	417	0	30	0
1 462	861	143	393	157	97	15	0	0	0	153	420	0	27	0
1 470	866	144	396	154	94	12	0	0	0	154	423	0	24	0
1 477	871	145	398	152	92	10	0	0	0	155	425	0	22	0
1 485	876	146	401	149	89	7	0	0	0	156	428	0	19	0
1 493	881	147	404	146	86	4	0	0	0	157	431	0	16	0
1 501	886	148	407	143	83	1	0	0	0	158	434	0	13	0
1 509	891	149	409	141	81	0	0	0	0	159	436	0	11	0
1 517	896	150	412	138	78	0	0	0	0	160	439	0	8	0
1 524	900	151	415	135	75	0	0	0	0	161	442	0	5	0
1 532	905	152	418	132	72	0	0	0	0	162	445	0	2	0
1 540	910	153	420	130	70	0	0	0	0	163	447	0	0	0
1 548	915	154	423	127	67	0	0	0	0	164	450	0	0	0
1 556	920	155	426	124	64	0	0	0	0	165	453	0	0	0
1 563	925	156	429	121	61	0	0	0	0	166	456	0	0	0
1 571	930	157	431	119	59	0	0	0	0	167	458	0	0	0
1 579	935	158	434	116	56	0	0	0	0	168	461	0	0	0
1 587	940	159	437	113	53	0	0	0	0	169	464	0	0	0
1 595	945	160	440	110	50	0	0	0	0	170	467	0	0	0
1 603	950	161	442	108	48	0	0	0	0	171	469	0	0	0
1 610	955	162	445	105	45	0	0	0	0	172	472	0	0	0
1 618	960	163	448	102	42	0	0	0	0	173	475	0	0	0
1 626	965	164	451	99	39	0	0	0	0	174	478	0	0	0
1 634	970	165	453	97	37	0	0	0	0	175	480	0	0	0
1 642	975	166	456	94	34	0	0	0	0	176	483	0	0	0
1 649	980	167	459	91	31	0	0	0	0	177	486	0	0	0
1 657	985	168	462	88	28	0	0	0	0	178	489	0	0	0
1 665	990	169	464	86	26	0	0	0	0	179	491	0	0	0
1 673	995	170	467	83	23	0	0	0	0	180	494	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
1 681	1 000	171	470	80	20	0	0	0	0	181	497	0	0	0
1 689	1 005	172	473	77	17	0	0	0	0	182	500	0	0	0
1 696	1 010	173	475	75	15	0	0	0	0	183	502	0	0	0
1 704	1 015	174	478	72	12	0	0	0	0	184	505	0	0	0
1 712	1 020	175	481	69	9	0	0	0	0	185	508	0	0	0
1 720	1 025	176	484	66	6	0	0	0	0	186	511	0	0	0
1 728	1 030	177	486	64	4	0	0	0	0	187	513	0	0	0
1 735	1 035	178	489	61	1	0	0	0	0	188	516	0	0	0
1 743	1 040	179	492	58	0	0	0	0	0	189	519	0	0	0
1 751	1 045	180	495	55	0	0	0	0	0	190	522	0	0	0
1 759	1 050	181	497	53	0	0	0	0	0	191	524	0	0	0
1 767	1 055	182	500	50	0	0	0	0	0	192	527	0	0	0
1 775	1 060	183	503	47	0	0	0	0	0	193	530	0	0	0
1 782	1 065	184	506	44	0	0	0	0	0	194	533	0	0	0
1 790	1 070	185	508	42	0	0	0	0	0	195	535	0	0	0
1 798	1 075	186	511	39	0	0	0	0	0	196	538	0	0	0
1 806	1 080	187	514	36	0	0	0	0	0	197	541	0	0	0
1 814	1 085	188	517	33	0	0	0	0	0	198	544	0	0	0
1 821	1 090	189	519	31	0	0	0	0	0	199	546	0	0	0
1 829	1 095	190	522	28	0	0	0	0	0	200	549	0	0	0
1 837	1 100	191	525	25	0	0	0	0	0	201	552	0	0	0
1 845	1 105	192	528	22	0	0	0	0	0	202	555	0	0	0
1 853	1 110	193	530	20	0	0	0	0	0	203	557	0	0	0
1 861	1 115	194	533	17	0	0	0	0	0	204	560	0	0	0
1 868	1 120	195	536	14	0	0	0	0	0	205	563	0	0	0
1 876	1 125	196	539	11	0	0	0	0	0	206	566	0	0	0
1 884	1 130	197	541	9	0	0	0	0	0	207	568	0	0	0
1 892	1 135	198	544	6	0	0	0	0	0	208	571	0	0	0
1 900	1 140	199	547	3	0	0	0	0	0	209	574	0	0	0
1 908	1 145	200	550	0	0	0	0	0	0	210	577	0	0	0
1 915	1 149	201	552	0	0	0	0	0	0	211	579	0	0	0
1 923	1 154	202	555	0	0	0	0	0	0	212	582	0	0	0
1 931	1 159	203	558	0	0	0	0	0	0	213	585	0	0	0
1 939	1 164	204	561	0	0	0	0	0	0	214	588	0	0	0
1 947	1 169	205	563	0	0	0	0	0	0	215	590	0	0	0
1 954	1 174	206	566	0	0	0	0	0	0	216	593	0	0	0
1 962	1 179	207	569	0	0	0	0	0	0	217	596	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
1 970	1 184	208	572	0	0	0	0	0	0	218	599	0	0	0
1 978	1 189	209	574	0	0	0	0	0	0	219	601	0	0	0
1 986	1 194	210	577	0	0	0	0	0	0	220	604	0	0	0
1 994	1 199	211	580	0	0	0	0	0	0	221	607	0	0	0
2 001	1 204	212	583	0	0	0	0	0	0	222	610	0	0	0
2 009	1 209	213	585	0	0	0	0	0	0	223	612	0	0	0
2 017	1 214	214	588	0	0	0	0	0	0	224	615	0	0	0
2 025	1 219	215	591	0	0	0	0	0	0	225	618	0	0	0
2 033	1 224	216	594	0	0	0	0	0	0	226	621	0	0	0
2 040	1 229	217	596	0	0	0	0	0	0	227	623	0	0	0
2 048	1 234	218	599	0	0	0	0	0	0	228	626	0	0	0
2 056	1 239	219	602	0	0	0	0	0	0	229	629	0	0	0
2 064	1 244	220	605	0	0	0	0	0	0	230	632	0	0	0
2 072	1 249	221	607	0	0	0	0	0	0	231	634	0	0	0
2 080	1 254	222	610	0	0	0	0	0	0	232	637	0	0	0
2 087	1 259	223	613	0	0	0	0	0	0	233	640	0	0	0
2 095	1 264	224	616	0	0	0	0	0	0	234	643	0	0	0
2 103	1 269	225	618	0	0	0	0	0	0	235	645	0	0	0
2 111	1 274	226	621	0	0	0	0	0	0	236	648	0	0	0
2 119	1 279	227	624	0	0	0	0	0	0	237	651	0	0	0
2 126	1 284	228	627	0	0	0	0	0	0	238	654	0	0	0
2 134	1 289	229	629	0	0	0	0	0	0	239	656	0	0	0
2 142	1 294	230	632	0	0	0	0	0	0	240	659	0	0	0
2 150	1 299	231	635	0	0	0	0	0	0	241	662	0	0	0
2 158	1 304	232	638	0	0	0	0	0	0	242	665	0	0	0
2 166	1 309	233	640	0	0	0	0	0	0	243	667	0	0	0
2 173	1 314	234	643	0	0	0	0	0	0	244	670	0	0	0
2 181	1 319	235	646	0	0	0	0	0	0	245	673	0	0	0
2 189	1 324	236	649	0	0	0	0	0	0	246	676	0	0	0
2 197	1 329	237	651	0	0	0	0	0	0	247	678	0	0	0
2 205	1 334	238	654	0	0	0	0	0	0	248	681	0	0	0
2 212	1 339	239	657	0	0	0	0	0	0	249	684	0	0	0
2 220	1 344	240	660	0	0	0	0	0	0	250	687	0	0	0
2 228	1 349	241	662	0	0	0	0	0	0	251	689	0	0	0
2 236	1 354	242	665	0	0	0	0	0	0	252	692	0	0	0
2 244	1 359	243	668	0	0	0	0	0	0	253	695	0	0	0
2 252	1 364	244	671	0	0	0	0	0	0	254	698	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegenw. Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100 v.H.	90 v.H.	80 oder 70 v.H.	60 oder 50 v.H.	Euro	Euro					
2 259	1 369	245	673	0	0	0	0	0	0	255	700	0	0	0
2 267	1 374	246	676	0	0	0	0	0	0	256	703	0	0	0
2 275	1 379	247	679	0	0	0	0	0	0	257	706	0	0	0
2 283	1 384	248	682	0	0	0	0	0	0	258	709	0	0	0
2 291	1 389	249	684	0	0	0	0	0	0	259	711	0	0	0
2 299	1 394	250	687	0	0	0	0	0	0	260	714	0	0	0

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. März 2007 – 1 BvF 1/05 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 12 des Gesetzes über den nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 (Zuteilungsgesetz 2007 – ZuG 2007) vom 26. August 2004 (Bundesgesetzblatt I Seite 2211) ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 13. Juni 2007

Die Bundesministerin der Justiz
Brigitte Zypries

Bekanntmachung der Angleichungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung

Vom 14. Juni 2007

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a Satz 4 des Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetzes vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1702), der zuletzt durch Artikel 246 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird bekannt gemacht:

Die Angleichungsfaktoren zur Ermittlung des Wertes von angleichungsdynamischen Anrechten nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a des Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetzes sind bei Entscheidungen über den Versorgungsausgleich, die nach dem 30. Juni 2007 ergehen, der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Der Angleichungsfaktor beträgt	bei einem Ehezeitende in der Zeit
2,1811170	vom 1. Juli 1990 bis 31. Dezember 1990
1,8958483	vom 1. Januar 1991 bis 30. Juni 1991
1,7254222	vom 1. Juli 1991 bis 31. Dezember 1991
1,5453399	vom 1. Januar 1992 bis 30. Juni 1992
1,4102225	vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1992
1,3291810	vom 1. Januar 1993 bis 30. Juni 1993
1,2155567	vom 1. Juli 1993 bis 31. Dezember 1993
1,1728991	vom 1. Januar 1994 bis 30. Juni 1994
1,1722723	vom 1. Juli 1994 bis 31. Dezember 1994
1,1405267	vom 1. Januar 1995 bis 30. Juni 1995
1,1184649	vom 1. Juli 1995 bis 31. Dezember 1995
1,0715672	vom 1. Januar 1996 bis 30. Juni 1996
1,0688006	vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
1,0293102	vom 1. Juli 1997 bis 30. Juni 1998
1,0247599	vom 1. Juli 1998 bis 30. Juni 1999
1,0103419	vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000
1,0103966	vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2001
1,0085002	vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002
1,0013053	vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003
1,0000000	vom 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2007

Berlin, den 14. Juni 2007

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Im Auftrag
Peter Ridder

**Bekanntmachung
über die Höhe der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für die Zeit ab 1. Juli 2007**

Vom 18. Juni 2007

Nach § 20 Abs. 4 Satz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundversicherung für Arbeitsuchende – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), der durch Artikel 1 Nr. 19 Buchstabe b des Gesetzes vom 20. Juli 2006 (BGBl. I S. 1706) geändert worden ist, wird hiermit Folgendes bekannt gemacht:

Die Höhe der monatlichen Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beträgt für die Zeit ab 1. Juli 2007 für Personen, die alleinstehend oder alleinerziehend sind oder deren Partner minderjährig ist, 347 Euro.

Berlin, den 18. Juni 2007

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Im Auftrag
Christiane Polduwe

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
4. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 616/2007 der Kommission zur Eröffnung und Verwaltung von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für Geflügelfleisch mit Ursprung in Brasilien, Thailand und sonstigen Drittländern	L 142/3	5. 6. 2007
– Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 54/2007 des Rates vom 22. Januar 2007 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3030/93 über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Drittländern (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 2007)	L 142/23	5. 6. 2007
5. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 618/2007 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 über restriktive Maßnahmen gegen Iran	L 143/1	6. 6. 2007
5. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 621/2007 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1483/2006 hinsichtlich der Mengen für die Dauerausreibungen zum Wiederverkauf von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen der Mitgliedstaaten auf dem Gemeinschaftsmarkt	L 143/9	6. 6. 2007
5. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 622/2007 der Kommission zur Festlegung von Bedingungen für die Versuchsfischerei auf Sandaale in der Nordsee für 2007	L 143/14	6. 6. 2007
4. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 630/2007 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates zur Berücksichtigung der Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	L 145/12	7. 6. 2007

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
– Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. Nr. L 210 vom 31. 7. 2006)	L 145/38	7. 6. 2007
7. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 631/2007 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 147/2003 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Somalia	L 146/1	8. 6. 2007
7. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 633/2007 der Kommission zur Festlegung der Anforderungen an die Anwendung eines Flugnachrichten-Übertragungsprotokolls für die Benachrichtigung, Koordinierung und Übergabe von Flügen zwischen Flugverkehrskontrollstellen ⁽¹⁾	L 146/7	8. 6. 2007
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
7. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 634/2007 der Kommission zur Zulassung von Selenmethionin aus <i>Saccharomyces cerevisiae</i> NCYC R397 als Futtermittelzusatzstoff ⁽¹⁾	L 146/14	8. 6. 2007
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
7. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 635/2007 der Kommission zur Abweichung – für das Rechnungsjahr 2006 – von der Verordnung (EWG) Nr. 1915/83 hinsichtlich der Frist für die Übermittlung der Betriebsbogen	L 146/17	8. 6. 2007
7. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 636/2007 der Kommission zur Abweichung vom Anhang der Verordnung Nr. 79/65/EWG des Rates hinsichtlich der Gebiete Rumäniens	L 146/18	8. 6. 2007
8. 6. 2007 Verordnung (EG) Nr. 639/2007 der Kommission zur achtundsiebzigsten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 467/2001 des Rates	L 148/5	9. 6. 2007